

Bedingungen für UnionDepots

1. Geltungsbereich und Änderungen

1.1 Hauptgeschäftstätigkeit der Union Investment Service Bank AG (nachfolgend „USB“)

Gegenstand des Unternehmens ist das Betreiben von Geschäften, die darauf gerichtet sind, Wertpapiere für andere zu verwalten und zu verwahren sowie Finanzinstrumente im Wege des Kommissionsgeschäfts zu erwerben und zu veräußern. Der Preis eines Wertpapiers unterliegt Schwankungen auf dem Finanzmarkt, auf die die USB keinen Einfluss hat. In der Vergangenheit erwirtschaftete Erträge und Wertentwicklungen sind kein Indikator für künftige Erträge oder Wertentwicklungen.

1.2 Geltungsbereich

Die Bedingungen für UnionDepots gelten für alle in diesen Depots gegenwärtig und künftig verwahrten Fondsanteile sowie für die Verwahrung von sonstigen Wertpapieren, soweit diese Fondsanteile beziehungsweise sonstigen Wertpapiere von der USB für verwahrfähig erklärt wurden. Diese Bedingungen gelten für die gesamte Geschäftsverbindung zwischen dem Depotinhaber (nachfolgend „Anleger“) und der USB. Daneben gelten Sonderbedingungen für Anderdepots, UnionDepotOnline und Postbox, die Abweichungen oder Ergänzungen zu diesen Bedingungen enthalten, sowie sonstige Sonderbedingungen und die jeweils geltenden Preisverzeichnisse (allgemeines Preisverzeichnis für Depotdienstleistungen, nachfolgend „Allgemeines Preisverzeichnis“, und besonderes Preis- und Leistungsverzeichnis für Fondsanteile und sonstige Wertpapiere, nachfolgend „Besonderes Preis- und Leistungsverzeichnis“). Diese Sonderbedingungen sowie die jeweils geltenden Preisverzeichnisse sind bei den Vertriebspartnern der USB erhältlich und werden bei der Depotöffnung oder bei Erteilung eines Auftrags mit dem Anleger vereinbart.

1.3 Übertragung der Geschäftsbeziehung

Die USB ist berechtigt, die Depotführung auf ein anderes geeignetes Unternehmen zu übertragen, so dass der Dritte in die Rechte und Pflichten der USB aus dieser Vereinbarung eintreten kann. Der Anleger wird über diese Veränderung rechtzeitig informiert. Dabei wird dem Anleger das Recht eingeräumt, sich vor Wirksamwerden der Übertragung auf einen Dritten, den Vertrag mit der USB kostenlos zu kündigen. Die Übertragung der Depotverwaltung gilt als genehmigt, wenn der Anleger nicht innerhalb von zwei Monaten nach Zugang der Mitteilung in Textform gegenüber der USB widerspricht. Auf diese Folge wird ihn die USB bei der Bekanntgabe besonders hinweisen.

1.4 (freibleibend)

1.5 Bankgeheimnis

Die USB ist zur Verschwiegenheit über alle anlegerbezogenen Tatsachen und Wertungen verpflichtet, von denen sie Kenntnis erlangt (Bankgeheimnis). Informationen über den Anleger darf die USB nur weitergeben, wenn gesetzliche Bestimmungen dies gebieten oder der Anleger eingewilligt hat.

1.6 Bankauskunft

Eine Bankauskunft enthält allgemein gehaltene Feststellungen und Bemerkungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Anlegers, seine Kreditwürdigkeit und Zahlungsfähigkeit; betragsmäßige Angaben über Kontostände, Sparguthaben, Depot oder sonstige der USB anvertraute Vermögenswerte sowie Angaben über die Höhe von Kreditansprüchen werden nicht gemacht.

1.7 Voraussetzungen für die Erteilung einer Bankauskunft

Die USB ist befugt, über juristische Personen und im Handelsregister eingetragene Kaufleute Bankauskünfte zu erteilen, sofern sich die Anfrage auf ihre geschäftliche Tätigkeit bezieht. Die USB erteilt jedoch keine Auskünfte, wenn ihr eine anders lautende Weisung des Anlegers vorliegt. Bankauskünfte über andere Personen, insbesondere über Privatkunden und Vereinigungen, erteilt die USB nur dann, wenn diese generell oder im Einzelfall ausdrücklich zugestimmt haben. Eine Bankauskunft wird nur erteilt, wenn der Anfragende ein berechtigtes Interesse an der gewünschten Auskunft glaubhaft dargelegt hat und kein Grund zu der Annahme besteht, dass schutzwürdige Belange des Anlegers der Auskunftserteilung entgegenstehen.

1.8 Empfänger von Bankauskünften

Bankauskünfte erteilt die USB nur eigenen Anlegern sowie anderen Kreditinstituten für deren Zwecke oder die ihrer Kunden.

2. Depotöffnung – Depotführung

2.1 Depotöffnung

Der Anleger gibt gegenüber der USB ein ihn bindendes Angebot auf Abschluss des Depotvertrags ab, indem er den vollständig und lesbar ausgefüllten sowie unterzeichneten Depotöffnungsantrag an die USB übermittelt und dieser der USB zugeht. Ist der Anleger minderjährig, ist die Depotöffnung grundsätzlich nur möglich, sofern sich die gesetzlichen Vertreter gegenseitig entsprechend bevollmächtigen. Der Depotvertrag kommt zustande, wenn die USB dem Anleger nach der gegebenenfalls erforderlichen Legitimationsprüfung die Annahme des Vertrags erklärt, ein UnionDepot mit einer bis zu 10-stelligen UnionDepot-Nummer (Stamm-Nummer) eröffnet und dem Anleger die UnionDepot-Nummer und die zugehörige Unterdepot-Nummer mitteilt. Bei jeder UnionDepot-Eröffnung wird unter der Stamm-Nummer mindestens ein Unterdepot angelegt, welches mit einer bis zu 2-stelligen Nummer die Stamm-Nummer ergänzt, so dass Stamm-Nummer und Unterdepot-Nummer eine 12-stellige Nummer ergeben kann. Sofern der Anleger Anteile von mehr als einem Fonds (maßgeblich ist eine eigene ISIN/WKN) beziehungsweise Wertpapiere von mehr als einem Emittenten in seinem Depot verwahren will, wird hierfür grundsätzlich jeweils ein separates Unterdepot mit einer entsprechenden bis zu 12-stelligen Depot-Nummer eröffnet. Die USB behält sich vor, die Eröffnung bei unvollständigen Anträgen abzulehnen und diese zurückzusenden.

2.2 Depotführung

Wenn der Anleger zu einem bestehenden UnionDepot weitere Fondsanteile beziehungsweise sonstige Wertpapiere erwirbt, werden diese grundsätzlich in weiteren Unterdepots unter den bei der Eröffnung des UnionDepots getroffenen Regelungen geführt, es sei denn, es handelt sich um Fonds derselben Gattung, die die USB bereits für den Anleger verwahrt. Gleiches gilt, soweit Fonds derselben Gattung aufgrund regulatorischer Vorgaben gesondert zu identifizieren sind, beispielsweise anhand eines bestimmten Erwerbszeitpunktes, an den unterschiedliche Rechtsfolgen knüpfen.

2.3 Grundsätze zur bestmöglichen Ausführung

Die USB führt die Aufträge des Anlegers zum Erwerb oder zur Veräußerung über die jeweils fondsverwaltenden Kapitalverwaltungsgesellschaften aus.

2.4 Kundeneinstufung

Die USB stuft alle Anleger als Privatkunden im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG) ein.

2.5 Politisch exponierte Personen

Der Anleger verpflichtet sich, unverzüglich die USB in Textform zu informieren, sofern er nunmehr oder nicht mehr den Status einer „politisch exponierten Person“ innehat. Dabei handelt es sich um eine natürliche Person, die wichtige öffentliche Ämter ausübt oder ausgeübt hat, oder deren unmittelbares Familienmitglied oder eine ihr bekanntermaßen nahestehende Person. Eine aktuelle Definition des Begriffs „politisch exponierte Person“ erhalten Sie auf www.union-investment.de oder auf Anfrage kostenlos bei der Union Investment Service Bank AG, Weißfrauenstraße 7, 60311 Frankfurt am Main.

3. Besondere Regelungen für Gemeinschaftsdepots mit Einzelverfügungsberechtigung („Oder-Depots“)

3.1 Einzelverfügungsberechtigung

Jeder Anleger darf über die UnionDepots ohne Mitwirkung der anderen Anleger verfügen und zulasten der UnionDepots alle mit der Depotführung im Zusammenhang stehenden Vereinbarungen treffen, sofern nicht nachstehend etwas anderes geregelt ist:

a) Erteilung und Widerruf von Vollmachten: Eine Depotvollmacht kann nur von allen Anlegern gemeinschaftlich erteilt werden. Der Widerruf durch einen der Anleger führt zum Erlöschen der Vollmacht. Über den Widerruf ist die USB unverzüglich zu unterrichten.

b) Abweichend vom Grundsatz der Einzelverfügung kann eine Verpfändung von Unterdepots nur durch alle Anleger gemeinschaftlich erfolgen.

3.2 Gesamtschuldnerische Haftung

Für die Verbindlichkeiten aus den Gemeinschaftsdepots haften die Anleger als Gesamtschuldner, das heißt, die USB kann von jedem einzelnen Anleger die Erfüllung sämtlicher Ansprüche fordern.

3.3 Widerruf der Einzelverfügungsberechtigung

Jeder Anleger kann die Einzelverfügungsberechtigung eines anderen Anlegers jederzeit mit Wirkung für die Zukunft der USB gegenüber widerrufen. Über den Widerruf ist die USB unverzüglich zu unterrichten. Sodann können alle Anleger nur noch gemeinsam über die UnionDepots verfügen.

3.4 Depotmitteilungen

Depotmitteilungen werden an den im Depotöffnungsantrag als 1. Depotinhaber (nachfolgend „1. Depotinhaber“) bezeichneten Anleger übermittelt. Wenn eine unmittelbare Benachrichtigung geboten ist (zum Beispiel bei der Nichtausführung von Aufträgen), wird die USB die Mitteilung stets an die Postanschrift des 1. Depotinhabers richten, sofern mit der USB nichts anderes vereinbart wurde. Depotkündigungen sowie die Ankündigung solcher Maßnahmen werden jedoch jedem Anleger zugeleitet. Jeder Anleger kann verlangen, dass ihm künftig alle Depotmitteilungen entgeltlich zusätzlich übermittelt werden.

3.5 Regelung für den Todesfall eines Anlegers

Nach dem Tode eines Anlegers bleiben die Befugnisse des/der anderen Anleger(s) unverändert bestehen. Dementsprechend kann/können der/die überlebende(n) Anleger ohne Mitwirkung der Erben die UnionDepots auflösen. Die Rechte des Verstorbenen werden durch dessen Erben gemeinschaftlich wahrgenommen. Das Recht zum Widerruf der Einzelverfügungsberechtigung steht jedoch jedem Erben allein zu. Widerruf ein Miterbe, bedarf jede Verfügung über die UnionDepots seiner Mitwirkung. Widerrufen sämtliche Miterben die Einzelverfügungsberechtigung eines Anlegers, so können sämtliche Anleger nur noch gemeinschaftlich mit sämtlichen Miterben über die Depots verfügen.

4. Besondere Regelungen für Gemeinschaftsdepots mit gemeinschaftlicher Verfügungsberechtigung („Und-Depots“)

4.1 Gemeinschaftliche Verfügungsberechtigung

Die Anleger sind nur gemeinschaftlich über die UnionDepots verfügungsberechtigt. Eine Änderung der Verfügungsberechtigung kann von den Anlegern nur gemeinschaftlich bestimmt werden.

4.2 Erteilung und Widerruf von Vollmachten

Eine Depotvollmacht kann nur von allen Anlegern gemeinschaftlich erteilt werden. Der Widerruf durch einen der Anleger führt zum Erlöschen der Vollmacht. Über den Widerruf ist die USB unverzüglich zu unterrichten. Jeder Anleger ist aber berechtigt, für seine Befugnisse ohne Mitwirkung der anderen Anleger Vollmacht zu erteilen.

4.3 Gesamtschuldnerische Haftung

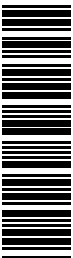
Für die Verbindlichkeiten aus den Gemeinschaftsdepots haften die Anleger als Gesamtschuldner, das heißt, die USB kann von jedem einzelnen Anleger die Erfüllung sämtlicher Ansprüche fordern.

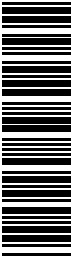
4.4 Depotmitteilungen

Depotmitteilungen werden an den im Depotöffnungsantrag als 1. Depotinhaber (nachfolgend „1. Depotinhaber“) bezeichneten Anleger übermittelt. Wenn eine unmittelbare Benachrichtigung geboten ist (zum Beispiel bei der Nichtausführung von Aufträgen), wird die USB die Mitteilung stets an die Postanschrift des 1. Depotinhabers richten, sofern mit der USB nichts anderes vereinbart wurde. Depotkündigungen sowie die Ankündigung solcher Maßnahmen werden jedoch jedem Anleger zugeleitet. Jeder Anleger kann verlangen, dass ihm künftig alle Depotmitteilungen entgeltlich zusätzlich übermittelt werden.

4.5 Regelung für den Todesfall eines Anlegers

Nach dem Tode eines Anlegers können die anderen Anleger nur zusammen mit den Erben über die UnionDepots verfügen oder diese auflösen.





5. Auftragserteilung

5.1 Allgemeine Anforderungen an die Auftragserteilung gegenüber der USB

Der USB müssen eigenhändig unterschriebene Aufträge vorliegen. Aufträge und Überweisungen müssen ihren Inhalt zweifelsfrei erkennen lassen. Vor Auftragsausführung prüft die USB die Berechtigung des Auftraggebers zur Auftragserteilung („Legitimationsprüfung“). Nicht eindeutig formulierte Aufträge und Überweisungen können Rückfragen zur Folge haben, die zu Verzögerungen führen können und zulasten des Anlegers gehen. Den Anleger wird die USB hiervon unverzüglich mit der Bitte um Vollständigkeit der Daten unterrichten. Durch Rückfragen nicht zu klärende Aufträge werden nicht ausgeführt. Änderungen, Bestätigungen oder Wiederholungen von Aufträgen und Überweisungen müssen als solche gekennzeichnet sein. Unvollständige oder nicht lesbare Aufträge und Überweisungen kann die USB zurücksenden. Aufträge und Überweisungen müssen in deutscher Sprache vorliegen. Abweichende Regelungen müssen ausdrücklich und schriftlich mit dem Anleger vereinbart werden.

5.2 Anforderungen für die Erteilung von Kaufaufträgen

Aufträge zum Kauf von Fonds müssen ihren Inhalt zweifelsfrei erkennen lassen. Beim Auftrag zum Kauf von Fonds muss die UnionDepot-Nummer sowie der gewünschte Fondsname und/oder ISIN/WKN beziehungsweise im Fall von sonstigen Wertpapieren die ISIN/WKN angegeben sein. Stimmen die gemachten Angaben nicht überein, gilt die ISIN/WKN beziehungsweise, wenn diese nicht vorhanden ist, gilt der Fondsname. Soweit ein Auftrag zum Zukauf von Fonds für ein bestehendes Unterdepot mittels einer Überweisung im Sinne von Ziffer 6.3 der Bedingungen für UnionDepots erteilt wird, muss neben den zuvor bezeichneten Angaben zusätzlich die Unterdepot-Nummer angegeben werden. Stimmen die bei der Überweisung gemachten Angaben nicht überein, ist die angegebene Unterdepot-Nummer maßgeblich.

5.3 Anforderung für die Erteilung von Verkaufsaufträgen

Aufträge zum Verkauf von Fonds müssen ihren Inhalt zweifelsfrei erkennen lassen. Verkaufsaufträge zulasten eines UnionDepots müssen unter Angabe des Fondsnamens und/oder ISIN/WKN beziehungsweise im Fall von sonstigen Wertpapieren der ISIN/WKN, des Namens des Depotinhabers und der Unterdepot-Nummer erfolgen. Stimmen die gemachten Angaben nicht überein, gilt die angegebene ISIN/WKN beziehungsweise, wenn diese nicht vorhanden ist, gilt der Fondsname.

5.4 Anforderungen für die Erteilung von Umschichtungsaufträgen

Für Umschichtungsaufträge (Verkauf mit Kauf beziehungsweise Tausch) gelten die Anforderungen unter den Ziffern 5.2 und 5.3 der Bedingungen für UnionDepots entsprechend. Soweit ein Teil der Auftragserteilung einer Umschichtung von Fonds aufgrund einer mangelhaften Auftragserteilung nicht ausführbar ist, wird auch der andere Teil der Auftragserteilung nicht ausgeführt. Eine Teilausführung von Umschichtungsaufträgen erfolgt daher nicht.

5.5 Einlieferung von effektiven Stücken und Urkunden

Einlieferungen von effektiven Stücken direkt vom Anleger nimmt die USB nicht entgegen. Einlieferung von effektiven Stücken über eine Bank oder Kapitalverwaltungsgesellschaft müssen unter Angabe des Namens des Anlegers und seiner Unterdepot-Nummer und der Angabe des Fonds beziehungsweise des sonstigen Wertpapiers an die jeweilige depotführende Bank oder Kapitalverwaltungsgesellschaft mit dem zusätzlichen Vermerk „zugunsten Union Investment Service Bank AG wegen UnionDepot“ erfolgen. Bei der Einlieferung von Urkunden über Fondsanteile oder sonstige Wertpapiere über die depotführende Bank oder Kapitalverwaltungsgesellschaft nimmt die USB keine Prüfung vor, ob diese von Verlustmeldungen (Opposition), Zahlungssperren und dergleichen betroffen sind. Gleiches gilt im Hinblick auf eine Überprüfung auf Aufgebotsverfahren zur Kraftloserklärung von Urkunden über Fondsanteile oder sonstige Wertpapiere nach Einlieferung.

5.6 Auslieferung und Übertragung von effektiven Stücken

Will sich der Anleger effektive Stücke ausliefern oder Fonds oder sonstige Wertpapiere auf ein anderes Depot übertragen lassen, wird ein entsprechender Auftrag, soweit möglich, über die USB auf Gefahr und Kosten des Anlegers von der Verwahrestelle oder Kapitalverwaltungsgesellschaft des jeweiligen Fonds ausgeführt. Die Auslieferung erfolgt an eine vom Anleger anzugebende Bank. Verbleiben im Falle von Fondsanteilen ausschließlich Bruchteilsrechte, welche nicht ausgeliefert werden können, werden diese veräußert. Ein verbleibender Gegenwert wird dem Anleger auf das von ihm bekannte gegebene Konto überwiesen beziehungsweise per Scheck ausgezahlt. Eine Veräußerung der Bruchteilsrechte unterbleibt, soweit diese nicht möglich ist.

5.7 Ausschüttungen und Thesaurierungen

Die Ausschüttungen eines Fonds und andere fondsbezogene Zahlungen werden ohne gegenteilige Weisung des Anlegers grundsätzlich nach Gutschrift auf dem Konto der USB und nach Erhalt der steuerlichen Daten unverzüglich in Anteilen des Fonds und Bruchteilsrechte von Fondsanteilen angelegt, dem die Ausschüttung beziehungsweise Zahlung zuzuordnen ist. Etwaige dabei erhobene Ausgabeaufschläge sind dem Besonderen Preis- und Leistungsverzeichnis zu entnehmen. Soweit eine solche direkte Wiederanlage nicht möglich ist (beispielsweise weil die Ausgabe von Anteilscheinen eingestellt wurde), werden die Ausschüttungen und sonstigen Zahlungen von der USB zugunsten des Anlegers auf die vom Anleger angegebene Kontoverbindung überwiesen beziehungsweise, sofern diese nicht bekannt ist, per Scheck ausgezahlt.

5.8 Erstattungen

Bei Steuer- und Gebührenerstattungen sowie Erstattungen aus anderen Korrekturen ist die USB berechtigt, Anteile eines bereits vorhandenen Fonds des Anlegers beziehungsweise Anteile eines Geldmarktfonds zu erwerben oder den Betrag auf das vom Anleger bekannte gegebene Konto zu überweisen beziehungsweise per Scheck auszahlen.

5.9 Kapital- und Fondsmaßnahmen

Über Kapital- und Fondsmaßnahmen der im UnionDepot befindlichen Fonds (beispielsweise die Auflösung eines Fonds, der Statuswechsel in der Besteuerung, das Laufzeitende eines Laufzeitfonds, eine Fondsverschmelzung) und über die daraus resultierenden Handlungsoptionen wird die USB den Anleger rechtzeitig vor dem Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens unterrichten. Die USB kann hierin einen konkreten Vorschlag unterbreiten. Dieser Vorschlag gilt als Auftragserteilung des Anlegers, wenn der Anleger nicht einen anders lautenden Auftrag erteilt. Auf diese Folge wird ihn die USB bei der Bekanntgabe besonders hinweisen. **Die USB wird bei dieser Auftragserteilung des Anlegers keine Angemessenheits- oder Geeignetheitsprüfung im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes durchführen, da ihr die Eigenschaften (Erfahrungen und Kenntnisse, Anlageziele und so weiter) des Anlegers nicht bekannt sind.** Ein anders lautender Auftrag, der vom konkreten Vorschlag der USB abweicht, muss innerhalb von vier Wochen nach Unterrichtung über die Handlungsoptionen der USB zugegangen sein. In diesem Zusammenhang weist die USB den Anleger gesondert da-

rauf hin, dass eine Kapitalmaßnahme bei einem Fonds dazu führen kann, dass den Anleger die Rechtsfolgen einer solchen Kapitalmaßnahme auch dann treffen können, wenn der Anleger keinen Auftrag erteilt hat. Die USB hat dabei keinen Einfluss auf den Eintritt der Rechtsfolgen einer von einer Kapitalverwaltungsgesellschaft beschlossenen Kapitalmaßnahme. Soweit der Anleger daher über einen längeren Zeitraum nicht in der Lage sein sollte, etwaige Nachrichten der USB per Post zu empfangen, sollte der Anleger einen Empfangsvertreter bestellen, damit ihn etwaige Nachrichten der USB über Kapitalmaßnahmen von Fonds erreichen und der Anleger ausreichend Zeit hat, gegebenenfalls entsprechende Weisungen zu erteilen. Zu diesem Zweck kann die Einrichtung einer Postbox für den Anleger hilfreich sein.

5.10 Auszahlplan

Wenn der Anleger mit der USB einen Auszahlplan vereinbart hat und eine Rückgabe möglich ist, veräußert die USB die erforderliche Zahl von Fondsanteilen beziehungsweise sonstigen Wertpapieren zu den vereinbarten Terminen und überweist die Beträge auf das der USB bekannt gegebene Konto. Da die vereinbarte Laufzeit des Auszahlplans von Kapitalverzehr und Wertentwicklung des Fonds abhängt, kann sie sich bei negativer Wertentwicklung verkürzen. Die USB ist in diesem Fall nicht verpflichtet, den Auszahlplan bis zum Ende der vereinbarten Laufzeit durchzuführen.

6. Zahlungsverkehr (Lastschriftverfahren und Überweisungen)

6.1 Lastschriftverfahren

Die Zahlung des Kaufpreises der Fondsanteile beziehungsweise sonstigen Wertpapiere erfolgt per SEPA-Basis-Lastschrift aufgrund eines der USB durch den Anleger schriftlich erteilten SEPA-Lastschriftmandates. Ein SEPA-Lastschriftmandat kann dabei ausschließlich für ein Zahlungskonto des Anlegers erteilt werden, das bei einem Kreditinstitut im europäischen Zahlungsverkehrsraum (SEPA-Zahlungsraum) geführt wird. Der Anleger hat dabei auf die vollständigen und richtigen Angaben zu achten. Die USB kündigt dem Anleger spätestens 1 Kalendertag vor der Fälligkeit der ersten Zahlung mittels SEPA-Basis-Lastschrift den Lastschrifteinzug (zum Beispiel durch Rechnungsstellung) an. Bei wiederkehrenden Lastschriften mit gleichen Lastschriftbeträgen genügt eine einmalige Unterrichtung des Anlegers vor dem ersten Lastschrifteinzug und die Angabe der Fälligkeitstermine. Die erste Auftragsausführung erfolgt bei wiederkehrenden Lastschriften zum nächstmöglichen Ausführungstermin. Der Anleger hat dafür Sorge zu tragen, dass auf seinem Referenzkonto zum Zeitpunkt des Einzugs des jeweiligen Betrages per SEPA-Basis-Lastschrift ausreichende Deckung besteht. Für Kaufaufträge von Fondsanteilen gilt, dass, soweit die Lastschrift das Ein- oder Mehrfache eines Fondsanteils zum Ausgabepreis übersteigt, der überschreitende Betrag in Bruchteilsrechten von Fondsanteilen, sofern verfügbar, gutgeschrieben wird. Die USB geht davon aus, dass der Anleger über die im SEPA-Lastschriftmandat angegebene Zahlungskonto einzelverfügungsberechtigt ist. Der Anleger haftet der USB für sämtliche Schäden, die aus einer rechtswidrigen beziehungsweise fehlerhaften Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates entstehen.

6.2 Rückgabe einer Lastschrift

Wenn eine Lastschrift mangels Deckung beziehungsweise wegen eines Erstattungsverlangens (inklusive Widerruf und Zurückweisung) nicht eingelöst werden kann (Rücklastschrift), ist die USB berechtigt, den bereits erfolgten Fondsanteil beziehungsweise Wertpapierkauf rückgängig zu machen. Hiervon wird sie den Anleger unverzüglich unterrichten. Die in Erfüllung des Lastschriftauftrags bereits erworbenen Anteile beziehungsweise Wertpapiere wird die USB dabei wieder veräußern. Wenn die Lastschrift mangels Deckung oder wegen eines unberechtigten Erstattungsverlangens (inklusive Widerruf und Zurückweisung) nicht eingelöst beziehungsweise zurückgegeben wird, haftet der Anleger der USB für den hieraus entstehenden Schaden, insbesondere für eine sich aus dem erforderlich gewordenen Veräußerungsgeschäft ergebende Preisdifferenz.

6.3 Überweisung

In Ausnahmefällen kann die USB für den Kauf von Fondsanteilen eine SEPA-Überweisung entgegennehmen. Dabei gilt Ziffer 5 der Bedingungen für UnionDepots. Pro Überweisung kann eine Ordererteilung nur für ein Unterdepot erfolgen. Werden verschiedene Unterdepot-Nummern in einer Überweisung genannt, kann dieser Überweisungsauftrag insgesamt nicht ausgeführt werden. Erfolgt der Eingang eines Depotöffnungsantrags nach der Gutschriftsanzeige der Überweisung für einen Kauf von Fondsanteilen, so wird der Wertermittlungstag vom Tage des Antragsbeginns zugrunde gelegt.

6.4 Zahlungen

Zahlungen des Anlegers per Lastschrift beziehungsweise Überweisung nimmt die USB ausschließlich in Euro entgegen. Abweichend davon sind bei in Fremdwährung aufgelegten Fonds der Kapitalverwaltungsgesellschaften der Union Investment Gruppe auch Einzahlungen durch den Anleger in der Fondswährung möglich; hierfür hat der Anleger die speziell dafür eingerichteten Treuhandkonten zu erfragen und bei der Einzahlung anzugeben.

7. Auftragsausführung durch die USB

7.1 Kommissionsgeschäft

Die USB führt die Aufträge des Anlegers zum Erwerb, zur Umschichtung oder Veräußerung über die jeweils fondsverwaltenden Kapitalverwaltungsgesellschaften als Kommissionärin aus beziehungsweise bedient sich dabei Zwischenkommissionären, die die Aufträge an die jeweils fondsverwaltende Kapitalverwaltungsgesellschaft weiterleiten. Hierzu schließt die USB für Rechnung des Anlegers mit einem anderen Marktteilnehmer ein Kaufgeschäft (Ausführungsgeschäft ab oder sie beauftragt einen anderen Kommissionär (Zwischenkommissionär), ein Ausführungsgeschäft abzuschließen. Die Ausführungsgeschäfte unterliegen den für den Wertpapierhandel am Ausführungsort geltenden Rechtsvorschriften, Geschäftsbedingungen und Usancen; daneben gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Vertragspartners der USB. Über die Ausführung des Auftrags wird die USB den Anleger unverzüglich unterrichten.

7.2 Ausschluss der Beratung („Execution-only“)

Eine Beratung des Anlegers vor Auftragsausführung durch die USB erfolgt nicht. Soweit dem Anleger beispielsweise Marktkommentare, Charts oder Analysen zur Verfügung gestellt werden, stellen diese keine Anlageberatung dar, sondern sollen lediglich die selbstständige Anlageentscheidung des Anlegers erleichtern. Die USB geht davon aus, dass der Anleger durch den zuführenden Vertriebspartner entsprechend seinem Erfahrungs- und Kenntnisstand über die in Anspruch genommenen Dienstleistungen (insbesondere Preiskonditionen) sowie die zu erwerbenden Fondsanteile beziehungsweise Wertpapiere hinreichend informiert wurde. Weitere Informationen durch die

USB erfolgen nicht. **Insbesondere wird die USB keine Geeignetheitsprüfung im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes durchführen.** Soweit ihm ausnahmsweise Informationen erteilt werden, sind diese abstrakt-genereller Natur und der Anleger sollte vor seiner Anlageentscheidung gegebenenfalls weitere Informationen beziehungsweise Beratung durch den zuführenden Vertriebspartner in Anspruch nehmen.

Wenn der Anleger der USB direkt, ohne Einbindung eines Vertriebspartners (zum Beispiel online), einen Auftrag erteilt, wird die USB dem Kunden, entsprechend der gesetzlichen Anforderungen, Informationen über die in Anspruch genommenen Dienstleistungen (insbesondere Preiskonditionen) sowie die zu erwerbenden Fondsanteile zur Verfügung stellen. Dabei ist die USB, unter anderem, verpflichtet zu überprüfen, ob der Anleger in den für das Wertpapier oder die Wertpapierdienstleistung festgelegten, so genannten Zielmarkt, bzw. den geplanten Absatzmarkt fällt. Dies ist nur dann der Fall, wenn der Anleger zu demjenigen Kunden- bzw. Erwerbberkreis zählt für den das Wertpapier, aus Sicht der USB, konzipiert und bestimmt ist. Dies wird, abhängig von der Wertpapierdienstleistung oder Wertpapier, grundsätzlich anhand eines Abgleichs verschiedener Kriterien überprüft.

Im Rahmen des Vertriebs von Fonds und Wertpapieren berücksichtigt die USB auch deren Zielmarkt. Der Zielmarkt ist die vom Emittenten bzw. Produktsteller definierte Gruppe bzw. Gruppen von Kunden, für deren Bedürfnisse der Fonds oder das Wertpapier entwickelt wurde und für die es angeboten werden soll.

Im reinen Ausführungsgeschäft wird lediglich geprüft, ob der Anleger das Zielmarktkriterium „Kundenkategorie“ erfüllt. Dies ist der Fall, wenn der Anleger zu der Gruppe von Kunden gehört, für der Fonds oder das Wertpapier aufgelegt wurde; zum Beispiel zu den „Privatkunden“ oder „institutionellen Anlegern“. Aufträge im reinen Ausführungsgeschäft werden nur für nicht-komplexe Fonds und Wertpapiere entgegengenommen.

Aufträge zum Erwerb von komplexen Fonds oder Wertpapieren führt die USB im beratungsfreien Geschäft mit einer Angemessenheitsprüfung durch.

Wenn die USB eine Angemessenheitsprüfung durchführt, wird neben dem Zielmarktkriterium „Kundenkategorie“ außerdem geprüft, ob sich der Kunde mit seinen „Kenntnissen und Erfahrungen“ mit Wertpapiergeschäften innerhalb des Zielmarkts befindet. Die USB ermittelt dementsprechend, ob der Anleger über ausreichende Kenntnisse und Erfahrungen verfügt, um die mit dem Erwerb verbundenen Risiken einschätzen zu können.

7.3 Keine Risikoklassifizierung durch die USB

Soweit der Anleger durch den zuführenden Vertriebspartner einer Risikokategorie zugewiesen wird beziehungsweise wurde, geschieht dies ausschließlich für eigene Zwecke des Vertriebspartners. Die USB teilt ihre Anleger selbst nicht in Risikokategorien ein und hat von einer entsprechenden Einteilung durch die Vertriebspartner keine Kenntnis. Ein Abgleich der Risikokategorie eines Anlegers mit einem von ihm erteilten Kaufauftrag findet durch die USB mangels Kenntnis einer etwaigen Einstufung des Anlegers in eine Risikokategorie in keinem Fall statt. Dies gilt auch bei Erteilung des Kaufauftrags über das Internet beziehungsweise per Überweisungsträger.

7.4 Bedingungen für den Erwerb, Verkauf und Umschichtungen von Fondsanteilen

Für den Erwerb, Verkauf und Umschichtungen von Fondsanteilen gelten die in jeweils gültigen Allgemeinen Preisverzeichnis und Besonderen Preis- und Leistungsverzeichnis angegebenen Konditionen beziehungsweise Bedingungen. Die USB ist zur Ausführung von Umschichtungs- und Verkaufsaufträgen nur insoweit verpflichtet, als der Depotbestand des Anlegers zur Ausführung ausreicht.

7.5 Girosammelverwahrung

Die erworbenen beziehungsweise eingelieferten Fondsanteile beziehungsweise sonstigen Wertpapiere werden aufgrund einer im Depotöffnungsantrag besonders erteilten Ermächtigung in Girosammelverwahrung genommen.

7.6 Verkaufsaufträge

Die USB rechnet Fondsanteile und Bruchteilrechte von Fondsanteilen zum Rücknahmepreis und Wertpapiere zum Marktpreis abzüglich Gebühren und Auslagen ab. Der Rücknahmepreis ist dabei der von der Fondsgesellschaft errechnete Preis für Rückgaben des Tages, zu dem der Kapitalverwaltungsgesellschaft der Rückgabebefehl zugeht, und entspricht regelmäßig nicht dem Rücknahmepreis, den die USB auf ihrer Internetseite veröffentlicht. Der Zeitpunkt des Zugangs des Rückgabebefehls bei der Kapitalverwaltungsgesellschaft hängt vom Zeitpunkt des Zugangs der Auftragserteilung des Anlegers bei der USB ab, wobei der Zeitpunkt der Auftragsausführung der USB nach Zugang der Auftragserteilung durch den Anleger bei der USB sich nach den Regelungen des Allgemeinen Preisverzeichnisses und Besonderen Preis- und Leistungsverzeichnisses der USB richtet. Der Auszahlungsbetrag wird grundsätzlich auf das der USB bekannte, von einem im europäischen Zahlungsverkehrsräum ansässigen Kreditinstitut geführte Konto unverzüglich innerhalb der üblichen Abwicklungsfristen überwiesen. Scheitert die Überweisung des Auszahlungsbetrags auf das bekannt gegebene Konto, ist die USB berechtigt, den Auszahlungsbetrag zum aktuellen Marktpreis zugunsten des Anlegers in Anteile eines Geldmarktfonds anzulegen. In Ausnahmefällen kann der Auszahlungsbetrag per Scheck ausgezahlt werden. Auszahlungen an den Anleger erfolgen ausschließlich in Euro.

7.7 Erfüllung der Kaufaufträge im Inland

Die USB erfüllt Wertpapiergeschäfte im Inland, soweit die nachfolgenden Bedingungen oder eine anderweitige Vereinbarung die Anschaffung im Ausland nicht vorsehen. Bei der Erfüllung im Inland verschafft die USB den Anlegern, sofern die Fondsanteile beziehungsweise sonstigen Wertpapiere zur Girosammelverwahrung bei der Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, zugelassen sind, Miteigentum an dem Sammelbestand - Girosammel-Depotgutschrift (GS-Gutschrift). Soweit die Fondsanteile nicht zur Girosammelverwahrung zugelassen sind, wird dem Anleger Bruchteilseigentum an der bei der Fondsgesellschaft verwahrten Globalurkunde vermittelt. Soweit sonstige Wertpapiere nicht zur Girosammelverwahrung zugelassen sind, wird dem Anleger Alleineigentum an Wertpapieren verschafft. Diese Wertpapiere verwahrt die USB für den Anleger gesondert von ihren eigenen Beständen und von denen Dritter (Streifbandverwahrung).

7.8 Erfüllung von Kaufaufträgen im Ausland

Die USB schafft Fondsanteile beziehungsweise sonstige Wertpapiere im Ausland an, wenn sie als Kommissionärin Kaufaufträge in ausländischen Fondsanteilen beziehungsweise sonstigen Wertpapieren ausführt. Die USB kann die im Ausland angeschafften Fondsanteile beziehungsweise Wertpapiere im Ausland verwahren lassen. Hiermit wird sie einen anderen in- oder ausländischen Verwahrer beauftragen oder eine eigene ausländische Geschäftsstelle damit betrauen. Die Verwahrung der Fondsanteile beziehungsweise Wertpapiere unterliegt den Rechtsvorschriften und Usancen des Verwahrungsortes und den für den oder die ausländischen Verwahrer geltenden

Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Die USB wird sich nach pflichtgemäßem Ermessen unter Wahrung der Interessen des Anlegers das Eigentum oder Miteigentum an den Fondsanteilen beziehungsweise Wertpapieren oder eine andere im Lagerland übliche, gleichwertige Rechtsstellung verschaffen und diese Rechtsstellung treuhänderisch für den Anleger halten. Hierüber erteilt sie dem Anleger eine Gutschrift in Wertpapierrechnung (WR-Gutschrift) unter der Angabe des ausländischen Staates, in dem sich die Wertpapiere befinden (Lagerland). Die USB braucht die Auslieferungsansprüche des Anlegers aus der ihm erteilten WR-Gutschrift nur aus dem von ihr im Ausland unterhaltenen Deckungsbestand zu erfüllen. Der Deckungsbestand besteht aus den im Lagerland für den Anleger und für die USB verwahrten Fondsanteilen beziehungsweise Wertpapieren derselben Gattung. Ein Anleger, dem eine WR-Gutschrift erteilt worden ist, trägt daher anteilig alle wirtschaftlichen und rechtlichen Nachteile und Schäden, die den Deckungsbestand als Folge von höherer Gewalt, Aufruhr, Kriegs- und Naturereignissen oder durch sonstige von der USB nicht zu vertretende Zugriffe Dritter im Ausland oder im Zusammenhang mit Verfügungen von hoher Hand des In- oder Auslands treffen sollten. Hat der Anleger Nachteile und Schäden am Deckungsbestand zu tragen, so ist die USB nicht verpflichtet, dem Anleger den Kaufpreis zurückzuerstatten.

7.9 Verwahrung im Ausland erworbener Wertpapiere

Die von der USB für einen Anleger im Ausland angeschafften und verwahrten Fondsanteile können bei einem ausländischen Verwahrer auf Sammeldepots ungetrennt von den Fondsanteilen anderer Anleger der USB und dem Eigenbestand der USB verwahrt werden. Im Fall der Insolvenz oder von Vollstreckungsmaßnahmen gegen einen ausländischen Verwahrer, hätte dies zur Folge, dass sich die Rechtsposition der USB und insbesondere die Möglichkeit der USB, die Fondsanteile ihrer Anleger aus der Insolvenzmasse auszusondern, nach der ausländischen Rechtsordnung und nach der, mit dem ausländischen Verwahrer vereinbarten, Rechtsstellung der USB richten würde. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass die Aussonderung oder der Zugriff auf die Fondsanteile der Anleger bis zum Abschluss eines Insolvenzverfahrens oder bis zum Abschluss eines Vollstreckungsverfahrens gegen den ausländischen Verwahrer gar nicht oder nur eingeschränkt möglich ist. Zudem wäre die USB dem üblichen Prozessrisiko bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche ausgesetzt. Darüber hinaus kann auch im Fall einer Insolvenz oder von Vollstreckungsmaßnahmen gegen die USB selbst nicht ausgeschlossen werden, dass die Anleger der USB ihre Ansprüche gegen die USB auf Herausgabe (beziehungsweise Aussonderung) ihrer bei einem ausländischen Verwahrer gelagerten Fondsanteile im Rechtsweg gegenüber einem Insolvenzverwalter oder Gläubiger der USB, gegebenenfalls auch gerichtlich, durchsetzen müssen. Hierbei wären die Anleger den üblichen Prozessrisiken ausgesetzt. Die USB hat daher verschiedene Maßnahmen ergriffen, um einen möglichen Zugriff eines Insolvenzverwalters oder Gläubigers auf die bei einem ausländischen Verwahrer gelagerten Fondsanteile ihrer Anleger möglichst zu vermeiden; insbesondere wird das Depot der USB bei einem ausländischen Verwahrer mit dem Zusatz „Kundendepot“ geführt. Außerdem wurde vereinbart, dass die USB im Fall einer Insolvenz oder von Vollstreckungsmaßnahmen unverzüglich unterrichtet wird, um die erforderlichen Maßnahmen zum Schutz ihrer Anleger frühzeitig ergreifen zu können.

7.10 Auskunftersuchen/Datenweitergabe

Ausländische Wertpapiere, die im Ausland angeschafft oder veräußert werden oder die ein Anleger von der USB im Inland oder im Ausland verwahren lässt, unterliegen regelmäßig einer ausländischen Rechtsordnung. Rechte und Pflichten der USB oder des Anlegers bestimmen sich daher auch nach dieser Rechtsordnung, die die Offenlegung des Namens des Anlegers vorsehen kann. Die USB wird entsprechende Auskünfte an ausländische Stellen unter Offenlegung des Namens des Anlegers erteilen, soweit sie hierzu verpflichtet ist. Sie wird den Anleger hierüber benachrichtigen.

8. Dienstleistungen im Rahmen der Verwahrung

8.1 Einlösung von Wertpapieren/Bogenerneuerungen

Bei im Inland verwahrten Fondsanteilen beziehungsweise sonstigen Wertpapieren sorgt die USB für die Einlösung von etwaigen Gewinnanteil- und Ertragsscheinen. Die USB besorgt neue Gewinnanteil- und Ertragsscheinbogen (Bogenerneuerung). Diese Pflichten obliegen bei im Ausland verwahrten Fondsanteilen beziehungsweise sonstigen Wertpapieren gegebenenfalls dem ausländischen Verwahrer. Der Gegenwert von Gewinnanteil- und Ertragsscheinen wird den Anlegern dann gutgeschrieben, wenn die USB den Betrag erhält und ihr die für die Verarbeitung im UnionDepot erforderlichen steuerlichen Daten zur Verfügung stehen. Die USB nimmt jedoch weder die Einlösung von etwaigen effektiven Gewinnanteil- oder Ertragsscheinen von verwahrten Fondsanteilen oder sonstigen Wertpapieren vor, noch besorgt sie neue effektive Gewinnanteil- und Ertragsscheinbogen.

8.2 Weitergabe von Nachrichten

Werden in den „Wertpapier-Mitteilungen“ Informationen veröffentlicht, die die Fonds beziehungsweise sonstigen Wertpapiere des Anlegers im UnionDepot betreffen, oder werden der USB solche Informationen vom Aussteller oder von ihrem ausländischen Verwahrer/Zwischenverwahrer übermittelt, wird die USB die Nachrichten nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und in der gesetzlich vorgeschriebenen Form weiterleiten. Sie übernimmt für die inhaltliche Richtigkeit jedoch keine Gewähr. Die USB ist nicht verpflichtet, Informationen oder veröffentlichte Angebote Dritter zum Kauf bestimmter Fonds oder Wertpapiere an die betroffenen Anleger weiterzuleiten.

8.3 Umtausch sowie Ausbuchtung und Vernichtung von Urkunden

Die USB darf ohne vorherige Benachrichtigung des Anlegers einer in den „Wertpapier-Mitteilungen“ bekannt gemachten Aufforderung zur Einreichung von Wertpapierurkunden Folge leisten, wenn diese Einreichung offensichtlich im Interesse des Anlegers liegt und damit auch keine Anlageentscheidung verbunden ist (wie zum Beispiel nach der Fusion einer Fondsgesellschaft mit einer anderen Gesellschaft oder bei inhaltlicher Unrichtigkeit der Wertpapierurkunden). Die USB wird den Anleger hierüber unterrichten. Verlieren die für den Anleger verwahrten Urkunden über Fondsanteile oder sonstige Wertpapiere ihre Wertpapiereigenschaft durch Erlöschen der darin verbrieften Rechte, so können sie zum Zwecke der Vernichtung aus dem Depot des Anlegers ausgebucht werden. Im Inland verwahrte Urkunden werden, soweit möglich, dem Anleger auf Verlangen zur Verfügung gestellt. Der Anleger wird über die Ausbuchtung, die Möglichkeit der Auslieferung und die mögliche Vernichtung unterrichtet. Erteilt er keine Weisung, so kann die USB die Urkunden nach Ablauf einer Frist von zwei Monaten nach Absendung der Mitteilung an den Anleger vernichten.

9. Depotauszüge, Depotabrechnungen und Korrekturbuchungen

9.1 Depotauszug und Depotabrechnung

Zur Abstimmung der Depotbestände erhält der Anleger mindestens jährlich einen De-



potauszug. Der Anleger erhält grundsätzlich papierhafte beziehungsweise elektronische Abrechnungen über jede Bestandsveränderung auf seinem UnionDepot. Er erhält darüber hinaus grundsätzlich Abrechnungen auch über die Ausschüttungen der Fonds. Die Ausführung regelmäßiger Käufe von Fondsanteilen beziehungsweise sonstigen Wertpapieren und die Verschaffung des Miteigentums an einem Sammelbestand braucht die USB nur jährlich innerhalb von 13 Monaten mitzuteilen, wenn Fondsanteile beziehungsweise sonstige Wertpapiere jeweils aufgrund einer vertraglich vereinbarten gleich bleibenden monatlichen, zweimonatlichen oder vierteljährlichen Zahlung erworben werden und diese Zahlungen jährlich das Dreifache des höchsten Betrags nicht übersteigen, bis zu dem nach dem Vermögensbildungsgesetz in der jeweils geltenden Fassung vermögenswirksame Leistungen gefördert werden (§ 24 Absatz 3 Depotgesetz).

9.2 Storno- und Berichtigungsbuchungen der USB vor Ausstellung eines Depotauszuges

Fehlerhafte Buchungen auf Unterdepots im UnionDepot (beispielsweise wegen einer falschen Unterdepot-Nummer) darf die USB bis zur Ausstellung des nächsten Depotauszugs durch eine Belastungsbuchung rückgängig machen, soweit ihr ein Rückzahlungsanspruch gegen den Anleger zusteht (Stornobuchung); der Anleger kann in diesem Fall gegen die Belastungsbuchung nicht einwenden, dass er in Höhe der Einbuchung bereits verfügt hat.

9.3 Storno- und Berichtigungsbuchungen der USB nach Ausstellung eines Depotauszugs

Stellt die USB eine fehlerhafte Buchung erst nach Ausstellung eines Depotauszugs fest und steht ihr ein Rückzahlungsanspruch gegen den Anleger zu, so wird sie in Höhe ihres Anspruchs sein Unterdepot im UnionDepot belasten (Berichtigungsbuchung). Erhebt der Anleger gegen die Berichtigungsbuchung Einwendungen, so wird die USB den Betrag dem Unterdepot im UnionDepot wieder gutschreiben und ihren Rückzahlungsanspruch gesondert geltend machen.

9.4 Information des Anlegers

Über Storno- und Berichtigungsbuchungen wird die USB den Anleger unverzüglich unterrichten.

9.5 Korrekturläufe

Die USB führt im Kalenderjahr beständig Korrekturläufe, unter anderem im Sinne des § 43 a Absatz 3 Satz 7 EStG (sogenannte „Delta-Korrekturen“) durch. Bei Privatanelegern erfolgen die Korrekturen grundsätzlich mit Wirkung für die Zukunft im Jahr der Fehlerkorrektur. Bei betrieblichen Anlegern und Steueransässern erfolgen die Korrekturen grundsätzlich für das Jahr der Fehlerentstehung. Für den Fall, dass durch die Korrekturen steuerliche Belastungsbuchungen ausgelöst werden, ermächtigt der Anleger die USB, die Steuer durch die Veräußerung von Fondsanteilen beziehungsweise Bruchteilen von Fondsanteilen zu begleichen. Soweit keine Fondsanteile zur Begleichung der Steuer im ausreichenden Maße vorhanden sind, wird die USB die Steuer per Lastschrift vom bekannt gegebenen Konto des Anlegers einziehen und für Rechnung des Kunden die Steuern abführen. Für steuerliche Erstattungen gilt Ziffer 5.8 der Bedingungen für UnionDepots.

10. Kosten der Depotführung

10.1 Entgelte

In Bezug auf Höhe und Fälligkeit der Entgelte für dauerhaft in Anspruch genommene Leistungen, gelten die mit dem Anleger getroffenen Vereinbarungen. Die Höhe der Entgelte für nicht dauerhaft in Anspruch genommene Leistungen (wie beispielsweise die einmalige Anfertigung von Kopien) sowie ihre Fälligkeit ergeben sich aus dem jeweils bei Inanspruchnahme der Leistung geltenden Allgemeinen Preisverzeichnis. Dieses kann beim zuführenden Vertriebspartner eingesehen werden; es wird dem Anleger auf Wunsch schriftlich oder elektronisch zur Verfügung gestellt.

10.2 Auslagen

Mögliche Aufwendungsersatzansprüche der USB richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

10.3 Verrechnung beziehungsweise Lastschrifteinzug von Gebühren, Kosten und Auslagen

Die USB ist berechtigt, fällige Gebühren, Kosten und Auslagen mit Ausschüttungen auf Fondsanteile oder mit anderen Zahlungen zu verrechnen, und wird hiermit vom Anleger ermächtigt, gegebenenfalls zum Zwecke der Verrechnung Fondsanteile beziehungsweise Bruchteile von Fondsanteilen oder sonstige Wertpapiere des Anlegers in entsprechender Höhe zu veräußern.

Im Falle des Vorliegens eines SEPA-Lastschriftmandates kann die USB die Gebühren, Kosten und Auslagen zu den Fälligkeitsterminen per Lastschrifteinzug vom bekannt gegebenen Konto des Anlegers einziehen.

10.4 Verrechnung beziehungsweise Lastschrifteinzug der Depotgebühr

Der Anleger ermächtigt die USB, die sich aus dem aktuellen Allgemeinen Preisverzeichnis ergebende Depotgebühr durch Veräußerung der Fondsanteile beziehungsweise Bruchteile von Fondsanteilen oder sonstigen Wertpapiere des Unterdepots des Anlegers zu begleichen.

Im Falle des Vorliegens eines SEPA-Lastschriftmandates kann die USB die Depotgebühr zu den Fälligkeitsterminen per Lastschrifteinzug vom bekannt gegebenen Konto des Anlegers einziehen.

11. Steuern

11.1 Steuerpflicht

Einkünfte aus Wertpapieren sind in der Regel steuerpflichtig. Abhängig vom jeweiligen Steuerrecht (In- oder Ausland) können laufende Einkünfte und Gewinne einer Kapitalertragsteuer und/oder sonstigen Steuer (beispielsweise Solidaritätszuschlag, Kirchensteuer, Quellensteuern) unterliegen, die an die jeweilige Steuerbehörde abgeführt werden muss. Die Steuer kann den an den Anleger zu zahlenden Betrag mindern und/oder durch die Veräußerung von Fondsanteilen beziehungsweise Bruchteilen von Fondsanteilen beglichen werden. Bei Fragen sollte sich der Anleger an die für ihn zuständige Steuerbehörde beziehungsweise seinen steuerlichen Berater wenden.

11.2 Steuer-Identifikationsnummer

Die USB als nicht öffentliche Stelle wird die Steuer-Identifikationsnummer nur erheben oder verwenden, soweit dies für Datenübermittlungen zwischen ihr und den Finanzbehörden erforderlich ist oder eine Rechtsvorschrift die Erhebung oder Verwendung der Steuer-Identifikationsnummer ausdrücklich erlaubt oder anordnet. Sie wird ihre Dateien nur insoweit nach der Steuer-Identifikationsnummer ordnen oder für den Zugriff erschließen, als dies für regelmäßige Datenübermittlungen zwischen ihr und den Finanzbehörden erforderlich ist (§ 139 b AO).

11.3 Steuerbescheinigung(en)

Die USB kann dem Anleger grundsätzlich anstelle von Einzelsteuerbescheinigungen eine Jahressteuerbescheinigung erteilen. Eine Verlustbescheinigung oder ein Duplikat einer bereits erstellten Steuerbescheinigung wird dem Anleger im Regelfall nur auf sein Verlangen unter Beachtung der gesetzlichen Voraussetzungen und gegen Kostenersatzung erteilt. Ausnahmen ergeben sich aus Erlassen und Anweisungen der Finanzverwaltung.

11.4 Regelabfrage und Anlassabfrage des Kirchensteuerabzugsmerkmals (KiStAM)

Das Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) wird auf Anfrage der USB die rechtliche Zugehörigkeit zu einer steuererhebenden Religionsgemeinschaft und den für diese Religionsgemeinschaft geltenden Kirchensteuersatz zum Zeitpunkt der Anfrage als automatisiert abrufbares Kirchensteuerabzugsmerkmal (KiStAM) übermitteln, es sei denn, der Anleger hat unter Angabe seiner Steuer-Identifikationsnummer nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck schriftlich beim BZSt dem automatisierten Datenabruf widersprochen (Sperrvermerk). Zu diesem Zweck wird die USB unter Angabe der Steuer-Identifikationsnummer und des Geburtsdatums des Anlegers bei einer Depotöffnung sowie einmal jährlich im Zeitraum vom 1. September bis 31. Oktober beim BZSt abfragen, ob die steuerpflichtigen Einkünfte des Anlegers am 31. August des betreffenden Jahres (Stichtag) kirchensteuerpflichtig sind (Regelabfrage). Im Übrigen kann die USB auf Veranlassung des Anlegers oder bei fehlender Kenntnis der Steuer-Identifikationsnummer zum Zeitpunkt der Regelabfrage eine anlassbezogene Abfrage zur Erlangung des KiStAM an das BZSt richten (Anlassabfrage). Die Ergebnisse der KiStAM-Abfrage werden von der USB unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften verwendet.

Im Falle eines Gemeinschaftsdepots für Ehegatten beziehungsweise für eingetragene Lebenspartner erfolgt eine Ermittlung des Kirchensteuerabzugs auf steuerpflichtige Einkünfte, wenn zum 31. Dezember des Vorjahres des betreffenden Jahres ein gemeinsam erteilter Freistellungsauftrag vorlag oder für das betreffende Jahr neu erteilt wird.

12. Sicherheiten für die Ansprüche der USB gegen den Anleger

12.1 Einigung über das Pfandrecht

Der Anleger und die USB sind sich darüber einig, dass die USB ein Pfandrecht an den Fondsanteilen beziehungsweise sonstigen Wertpapieren oder Sachen erwirbt, an denen die USB oder eine ihrer inländischen Geschäftsstellen im bankmäßigen Geschäftsverkehr Besitz erlangt hat oder noch erlangen wird. Das Pfandrecht sichert alle gegenwärtigen und künftigen Ansprüche der USB gegen den Anleger aus der Geschäftsbeziehung.

12.2 Gesicherte Ansprüche

Das Pfandrecht dient der Sicherung aller bestehenden, künftigen und bedingten Ansprüche, die der USB mit ihren sämtlichen in- und ausländischen Geschäftsstellen aus der bankmäßigen Geschäftsverbindung gegen den Anleger zustehen. Hat der Anleger gegenüber der USB eine Haftung für Verbindlichkeiten eines anderen Anlegers der USB übernommen, so sichert das Pfandrecht die aus der Haftungsübernahme folgende Schuld.

12.3 Ausnahmen vom Pfandrecht

Gelangen Gelder oder andere Werte mit der Maßgabe in die Verfügungsgewalt der USB, dass sie nur für einen bestimmten Zweck verwendet werden dürfen, erstreckt sich das Pfandrecht der USB nicht auf diese Werte. Dasselbe gilt für Fondsanteile beziehungsweise sonstige Wertpapiere, die die USB im Ausland für den Anleger verwahrt.

12.4 Zins- und Gewinnanteilscheine

Unterliegen dem Pfandrecht der USB Fondsanteile beziehungsweise sonstige Wertpapiere, ist der Anleger nicht berechtigt, die Herausgabe der zu diesen Papieren gehörenden Zins- und Gewinnanteilscheine zu verlangen.

12.5 Wahlrecht der USB

Wenn die USB verwertet, hat sie unter mehreren Sicherheiten die Wahl. Sie wird bei der Verwertung und bei der Auswahl der zu verwertenden Sicherheiten auf die berechtigten Belange des Anlegers und eines dritten Sicherungsgebers, der für die Verbindlichkeiten des Anlegers Sicherheiten bestellt hat, Rücksicht nehmen. Insbesondere wird sie im Rahmen der Verwertung die Fondsanteile veräußern, die auf dem Unterdepot des Anlegers mit dem größten Bestand verwahrt werden, damit die vom Anleger getroffenen Anlageentscheidungen durch die Verwertung möglichst geringfügig verändert werden.

13. Haftung der USB

13.1 Allgemeine Haftungsgrundsätze

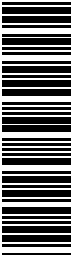
Die USB haftet bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen für jedes Verschulden ihrer Mitarbeiter und der Personen, die sie zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen hinzuzieht. Soweit die Sonderbedingungen für einzelne Geschäftsbeziehungen oder sonstige Vereinbarungen etwas Abweichendes regeln, gehen diese Bedingungen vor. Hat der Anleger durch ein schuldhaftes Verhalten zu der Entstehung eines Schadens beigetragen, bestimmt sich nach den Grundsätzen des Mitverschuldens, in welchem Umfang USB und Anleger den Schaden zu tragen haben.

13.2 Haftung der USB bei Kommissionsgeschäften

Die USB haftet für die ordnungsgemäße Erfüllung des Ausführungsgeschäfts durch ihren Vertragspartner oder den Vertragspartner des Zwischenkommissionärs. Bis zum Abschluss eines Ausführungsgeschäfts haftet die USB bei der Beauftragung eines Zwischenkommissionärs nur für dessen sorgfältige Auswahl und Unterweisung. Die USB steht entsprechend der kommissionsrechtlichen Grundsätze aber nicht dafür ein, dass ein Auftrag des Anlegers tatsächlich ausgeführt wird.

13.3 Haftung für die Verwahrung von Fondsanteilen beziehungsweise sonstigen Wertpapieren

Bei der Verwahrung von Fondsanteilen beziehungsweise sonstigen Wertpapieren im Inland haftet die USB für jedes Verschulden ihrer Mitarbeiter und der Personen, die sie zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen hinzuzieht. Soweit dem Anleger eine GS-Gutschrift erteilt wird, haftet die USB auch für die Erfüllung der Pflichten der Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main. Bei der Verwahrung von Fondsanteilen beziehungsweise sonstigen Wertpapieren im Ausland beschränkt sich die Haftung der USB auf die sorgfältige Auswahl und Unterweisung des von ihr beauftragten ausländischen Verwahrers oder Zwischenverwahrers. Bei einer Zwischenverwahrung durch die Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, oder einen anderen inländischen Zwischenverwahrer sowie einer Verwahrung durch eine eigene ausländische Geschäftsstelle haftet die USB für deren Verschulden.



13.4 Haftung bei Störung des Betriebes

Die USB haftet nicht für Schäden, die durch höhere Gewalt, Aufruhr, Kriegs- und Naturereignisse oder durch sonstige von ihr nicht zu vertretende Vorkommnisse (zum Beispiel Streik, Aussperrung, Verkehrsstörung, Verfügungen von hoher Hand im In- oder Ausland) eintreten.

14. Pflichten des Anlegers

14.1 Änderungen von Name, Anschrift, Depotbezeichnungen oder einer gegenüber der USB erteilten Vertretungsmacht und der gegenüber der USB bekannt gegebenen Bankverbindung

Zur ordnungsgemäßen Abwicklung des Geschäftsverkehrs ist es erforderlich, dass der Anleger der USB Änderungen seines Namens und seiner Anschrift sowie das Erlöschen oder die Änderung einer gegenüber der USB erteilten Vertretungsmacht (insbesondere einer Vollmacht) sowie die Änderung maßgeblicher Kontoverbindungen unverzüglich mitteilt und einen entsprechenden überprüfbareren Auftrag erteilt. Diese Mitteilungspflicht besteht auch dann, wenn die Vertretungsmacht in ein öffentliches Register (zum Beispiel in das Handelsregister) eingetragen ist und ihr Erlöschen oder ihre Änderung in dieses Register eingetragen wird. Darüber hinaus können sich weitergehende gesetzliche Mitteilungspflichten, insbesondere aus dem Geldwäschegesetz, ergeben. Soweit der Anleger die der USB bekannt gegebene Bankverbindung ändern möchte, ist dies ebenfalls nur durch Erteilung eines entsprechenden überprüfbareren Auftrags möglich. Die USB behält sich vor, bei einem solchen Änderungswunsch der Bankverbindung Rücksprache mit dem Anleger zu halten.

14.2 Prüfungspflicht bezüglich etwaiger Erwerbsbeschränkungen

Der Anleger ist verpflichtet, sofern er seinen Wohnsitz nicht in Deutschland hat beziehungsweise nicht deutscher Staatsangehöriger ist, sich anhand des Verkaufsprospektes des jeweiligen Fonds über etwaige Vertriebsbeschränkungen in seinem Aufenthalts- beziehungsweise Heimatland zu informieren.

Ein Verkauf von Fondsanteilen an US-Bürger ist ausgeschlossen (dies betrifft Personen, die Staatsangehörige der Vereinigten Staaten von Amerika sind oder dort ihr Domizil haben und/oder dort steuerpflichtig sind, oder Personengesellschaften oder Kapitalgesellschaften, die gemäß den Gesetzen der Vereinigten Staaten von Amerika beziehungsweise eines Bundesstaates, Territoriums oder einer Besetzung der Vereinigten Staaten gegründet werden). Sollten sich nach Begründung der Geschäftsbeziehung zur USB die persönlichen Verhältnisse des Anlegers derart ändern, dass er als US-Bürger im Sinne der vorstehenden Definition zu qualifizieren ist, dann werden die hierfür gesetzlich erforderlichen Prüfungen von der USB durchgeführt und gegebenenfalls Meldungen an die amerikanischen Steuerbehörden vorgenommen.

14.3 Prüfung und Einwendungen bei Depotmitteilungen der USB

Der Anleger hat Depotauszüge, Depotabrechnungen, Ertragnisaufstellungen, Steuerbescheinigungen, sonstige Abrechnungen, Anzeigen über die Ausführung von Aufträgen und Überweisungen sowie sonstige Mitteilungen der USB („Depotmitteilungen“) auf ihre Richtigkeit und Vollständigkeit unverzüglich zu überprüfen und etwaige Einwendungen unverzüglich zu erheben.

14.4 Benachrichtigung der USB bei Ausbleiben von Depotmitteilungen

Falls Depotmitteilungen der USB, die der Anleger zu erwarten hat (beispielsweise Anzeige über die Ausführung von Aufträgen), dem Anleger nicht zugehen, muss er die USB unverzüglich benachrichtigen.

14.5 Haftungsfolgen bei Verletzung von Pflichten

Führt die schuldhaftige Verletzung von Pflichten durch den Anleger zu einem Schaden, geht dieser zulasten des Anlegers. Hat die USB durch ein schuldhaftes Verhalten zu der Entstehung des Schadens beigetragen, bestimmt sich nach den Grundsätzen des Mitverschuldens, in welchem Umfang USB und Anleger den Schaden zu tragen haben.

15. Abtretungsausschluss

Die Abtretung von Forderungen aus diesem Depotvertrag durch den Anleger ist ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Forderungen, die auf Zahlung eines Geldbetrages gerichtet sind.

16. Kündigungsrecht des Anlegers

Für den Depotvertrag wird keine Mindestlaufzeit vereinbart, sofern in den Sonderbedingungen nichts Abweichendes geregelt ist. Der Anleger kann die gesamte Geschäftsverbindung jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist in Textform kündigen. Anleger, die ein Gemeinschaftsdepot führen, können nur gemeinsam die Geschäftsverbindung kündigen. Bei Kündigung des Depotvertrags muss der Anleger die verwahrten Wertpapiere auf ein anderes Depot übertragen oder veräußern.

17. Kündigungsrechte der USB

17.1 Kündigung unter Einhaltung einer Kündigungsfrist

Die USB kann die gesamte Geschäftsverbindung oder einzelne Geschäftsbeziehungen jederzeit unter Einhaltung einer angemessenen Kündigungsfrist kündigen. Bei der Bemessung der Kündigungsfrist wird die USB auf die berechtigten Belange des Anlegers Rücksicht nehmen. Für die Kündigung der Führung von UnionDepots beträgt die Kündigungsfrist mindestens sechs Wochen.

17.2 Kündigung aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist

Eine fristlose Kündigung der gesamten Geschäftsverbindung ist zulässig, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, der der USB, auch unter angemessener Berücksichtigung der berechtigten Belange des Anlegers, deren Fortsetzung unzumutbar werden lässt. Im Falle einer Kündigung ohne Kündigungsfrist wird die USB dem Anleger für die Abwicklung eine angemessene Frist einräumen (insbesondere für die Auslieferung von Fondsanteilen beziehungsweise sonstigen Wertpapieren in effektiven Stücken oder auf ein anderes Depot). Besteht der wichtige Grund in der Verletzung einer vertraglichen Pflicht des Anlegers, ist die Kündigung erst nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe bestimmten angemessenen Frist oder nach erfolgloser Abmahnung zulässig, es sei denn, dies ist wegen der Besonderheiten des Einzelfalles (§ 323 Absätze 2 und 3 des Bürgerlichen Gesetzbuches) entbehrlich.

17.3 Auflösung UnionDepot

Die USB ist zur Auflösung des UnionDepots berechtigt, ohne dass es einer vorherigen Kündigung bedarf, wenn das Depot seit mehr als 15 Monaten keinen Bestand aufweist. Der Anleger wird hierüber nicht informiert.

18. Hinweis auf Mitgliedschaft in einer Sicherungseinrichtung

Die USB gehört der Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen (EdW), 10865 Berlin an. Die EdW ist eine Einrichtung zur Sicherung der Ansprüche von

Anlegern, die im öffentlichen Auftrag die Entschädigung von Anlegern nach dem Anlegerentschädigungsgesetz (AnlEntG) vornimmt und Verbindlichkeiten aus Wertpapiergeschäften bis zu 90 Prozent ihres Wertes, maximal jedoch EUR 20.000,00 pro Gläubiger, schützt. Ein Entschädigungsfall muss von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht festgestellt worden sein. Nach dessen Feststellung werden die Gläubiger von der EdW unterrichtet, damit diese ihre Ansprüche anmelden können. Die USB ist befugt, der EdW oder einem von ihr Beauftragten alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen und Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Soweit die EdW Zahlungen an einen Anleger leistet, gehen dessen Forderungen gegen die USB in entsprechender Höhe Zug um Zug auf die EdW über. Nicht geschützt sind Anleger wie beispielsweise CRR-Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute, Versicherungsunternehmen sowie Unternehmen der öffentlichen Hand. Nicht von der EdW abgedeckt sind Ansprüche auf Schadensersatz aus Beratungsfehlern. Weitere Ausnahmen und Voraussetzungen sind im AnlEntG geregelt.

Darüber hinaus gehört die USB der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (BVR), Heussallee 5, 53113 Bonn an. Bei dieser handelt es sich um eine auf freiwilliger Basis entstandene, privatrechtlich organisierte und verwaltete Selbsthilfeeinrichtung der genossenschaftlichen Finanzgruppe der Volksbanken Raiffeisenbanken. Die von der Sicherungseinrichtung des BVR verwalteten Mittel werden solidarisch durch die Beiträge der angeschlossenen Institute erbracht. Auf der Basis ihres Statuts, welches Bestandteil der Satzung des BVR ist, betreibt die Sicherungseinrichtung des BVR Einlagenschutz, das heißt, sie schützt stets ohne betragsliche Begrenzung die Einlagen von Nichtbanken bei den Kreditinstituten, die Mitglied der Sicherungseinrichtung des BVR sind. Über den Einlagenschutz hinaus praktiziert die Sicherungseinrichtung des BVR den sogenannten Institutschutz: Befindet sich ein angeschlossenes Kreditinstitut in wirtschaftlichen Schwierigkeiten, wird es stets durch die Sicherungseinrichtung saniert und so gestellt, dass es seine rechtlichen Verpflichtungen in vollem Umfang erfüllen kann. Die Sicherungseinrichtung des BVR ist vom deutschen Gesetzgeber als sogenannte institutssichernde Einrichtung anerkannt worden. Die USB ist befugt, der Sicherungseinrichtung des BVR oder einem von ihr Beauftragten alle in diesem Zusammenhang erforderlichen Auskünfte zu erteilen und Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

19. Verfügungsberechtigung nach dem Tod des Anlegers

Nach dem Tod des Anlegers hat derjenige, der sich gegenüber der USB auf die Rechtsnachfolge des Anlegers beruft, der USB seine erbrechtliche Berechtigung in geeigneter Weise nachzuweisen. Fremdsprachige Unterlagen sind auf Verlangen der USB in deutscher Sprache vorzulegen.

20. Vertragssprache, maßgebliches Recht, Gerichtsstand und außergerichtliche Streitschlichtung

20.1 Vertragssprache

Maßgebliche Sprache für das Vertragsverhältnis und die Kommunikation mit dem Anleger während der Dauer der Geschäftsbeziehung ist Deutsch.

20.2 Geltung deutschen Rechts

Für die Geschäftsverbindung zwischen dem Anleger und der USB gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

20.3 Gerichtsstand für Anleger mit Sitz im Inland

Ist der Anleger ein Kaufmann und ist die streitige Geschäftsbeziehung dem Betrieb seines Handelsgewerbes zuzurechnen, so kann die USB diesen Anleger an ihrem zuständigen Gericht oder bei einem anderen zuständigen Gericht verklagen; dasselbe gilt für eine juristische Person des öffentlichen Rechts und für öffentlich-rechtliche Sondervermögen. Die USB selbst kann von diesem Anleger nur an dem für sie zuständigen Gericht verklagt werden.

20.4 Gerichtsstand für Anleger mit Sitz im Ausland

Die Gerichtsstandsvereinbarung gilt auch für Anleger, die im Ausland eine vergleichbare gewerbliche Tätigkeit ausüben, sowie für ausländische Institutionen, die mit inländischen juristischen Personen des öffentlichen Rechts oder mit einem inländischen öffentlich-rechtlichen Sondervermögen vergleichbar sind.

20.5 Außergerichtliche Streitschlichtung

Bei Streitigkeiten mit der USB können Verbraucher die Ombudsstelle für Investmentfonds des BVI Bundesverband Investment und Asset Management e. V. anrufen. Die Beschwerde ist schriftlich an das Büro der Ombudsstelle des BVI Bundesverband Investment und Asset Management e. V., Unter den Linden 42, 10117 Berlin, Telefon 030 6449046-0, Telefax: 030 6449046-29, E-Mail: info@ombudsstelle-investmentfonds.de, www.ombudsstelle-investmentfonds.de, zu richten. Bei Streitigkeiten nach Maßgabe des § 14 Unterlassungsklagegesetz (UKlaG), zum Beispiel aus der Anwendung der Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches betreffend Fernabsatzverträge über Finanzdienstleistungen, können sich die Beteiligten auch an die Schlichtungsstelle der Deutschen Bundesbank, Postfach 10 06 02 in 60006 Frankfurt am Main, Telefon: 069 9566 33232, E-Mail: schlichtung@bundesbank.de, wenden. Das Recht, die Gerichte anzurufen, bleibt hiervon unberührt.

21. Widerrufsrecht bei Erwerb und Veräußerung von Anteilscheinen

Ist der Käufer von Anteilen durch mündliche Verhandlungen außerhalb der ständigen Geschäftsräume desjenigen, der die Anteile verkauft oder den Verkauf vermittelt hat, dazu bestimmt worden, eine auf den Kauf gerichtete Willenserklärung abzugeben, so ist er an diese Willenserklärung nur gebunden, wenn er sie nicht innerhalb einer Frist von zwei Wochen der Kapitalverwaltungsgesellschaft, der ausländischen Verwaltungsgesellschaft oder deren Repräsentanten im Sinne von § 319 KAGB in Textform widerruft; dies gilt auch dann, wenn derjenige, der die Anteile verkauft oder den Verkauf vermittelt, keine ständigen Geschäftsräume hat. Bei Fernabsatzgeschäften gilt § 312 g Absatz 2 Satz 1 Nummer 8 des Bürgerlichen Gesetzbuches entsprechend. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung der Widerrufserklärung. Die Widerrufsfrist beginnt erst zu laufen, wenn die Durchschrift/Kopie des Antrags auf Vertragsabschluss dem Käufer ausgehändigt oder ihm eine Depotabrechnung übersandt worden ist und darin eine Belehrung über das Widerrufsrecht enthalten ist, die den Anforderungen des Artikels 246 Absatz 3 Satz 2 und 3 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch genügt. Das Recht zum Widerruf besteht nicht, wenn der Verkäufer nachweist, dass (1) der Käufer kein Verbraucher im Sinne des § 13 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist oder (2) er den Käufer zu Verhandlungen, die zum Verkauf der Anteile geführt haben, auf Grund vorhergehender Bestellung gemäß § 55

Absatz 1 der Gewerbeordnung aufgesucht hat. Ist der Widerruf erfolgt und hat der Käufer bereits Zahlungen geleistet, so ist die Kapitalverwaltungsgesellschaft, die EU-Verwaltungsgesellschaft oder die ausländische AIF-Verwaltungsgesellschaft verpflichtet, dem Käufer, gegebenenfalls Zug um Zug gegen Rückübertragung der erworbenen Anteile, die bezahlten Kosten und einen Betrag auszuführen, der dem Wert der bezahlten Anteile am Tag nach dem Eingang der Widerrufserklärung entspricht. Auf das Recht zum Widerruf kann nicht verzichtet werden. Diese Regelung ist auf den Verkauf von Anteilen durch den Anleger entsprechend anwendbar (§ 305 KAGB).

22. Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn, und Marie-Curie-Str. 24–28, 60439 Frankfurt am Main.

Sonderbedingungen

In Ergänzung zu den folgenden Sonderbedingungen gelten die Bedingungen für UnionDepots der Union Investment Service Bank AG (nachfolgend „USB“) in der jeweils gültigen Fassung, soweit sie diesen Sonderbedingungen nicht widersprechen.

I. Dynamisierung

Wünscht der Anleger eine Dynamisierung, erfolgt eine Erhöhung automatisch nach 12 Monaten.

II. Altersvorsorgevertrag

A. Allgemeines

1. Staatliche Förderung des Altersvorsorgevertrags

Der Altersvorsorgevertrag ist ein Vertrag über eine kapitalgedeckte Altersvorsorge des Anlegers nach den Vorschriften des Gesetzes über die Zertifizierung von Altersvorsorge- und Basisrentenverträgen (AltZertG) und unterliegt nach Maßgabe der Vorschriften des § 10 a und des XI. Abschnitts des Einkommensteuergesetzes (EStG) bis zu bestimmten Höchstgrenzen der staatlichen Förderung.

2. Ansparphase und Auszahlphase

Der Altersvorsorgevertrag gliedert sich in eine Ansparphase (Ziffer III. B. der Sonderbedingungen zum Altersvorsorgevertrag) und eine Auszahlphase (Ziffer III. D. der Sonderbedingungen zum Altersvorsorgevertrag).

B. Ansparphase

1. Altersvorsorgebeiträge

Der Anleger wird gemäß den Angaben nach Feld 4 des Depotöffnungsantrags regelmäßig, mindestens einmal pro Jahr, Altersvorsorgebeiträge auf den Altersvorsorgevertrag einzahlen. Ist der Anleger bei Abschluss dieses Altersvorsorgevertrags noch minderjährig, endet die Beitragszahlungsverpflichtung für ihn automatisch einen Tag vor Vollendung des 19. Lebensjahres. Hiervon unberührt bleibt das Recht auch des minderjährigen Anlegers, seinen Vertrag nach § 1 Absatz 1 Satz 1 Nummer 10 AltZertG ruhen zu lassen (vgl. Ziffer III. E.2).

2. Anlage der Altersvorsorgebeiträge

Die Altersvorsorgebeiträge (Einzahlungen des Anlegers, Zulagen, etwaige Steuergutschriften und Kapitalüberträge von anderen Altersvorsorgeverträgen im Rahmen eines Anbieterwechsels) sowie gegebenenfalls Zusatzzahlungen werden während der Ansparphase entsprechend den nachfolgend beschriebenen Bedingungen in den Aktienfonds UniGlobal Vorsorge (ISIN DE000A1C81G1) und/oder in den Rentenfonds UniEuroRenta (ISIN DE0008491069) angelegt. Diese bilden das Altersvorsorgevermögen des Anlegers ab. Einzelheiten zu diesen Investmentfonds kann der Anleger dem Basisinformationsblatt und dem Verkaufsprospekt des jeweiligen Fonds entnehmen.

2.1 Anlage der Altersvorsorgebeiträge (einschließlich Zulagen) und Steuergutschriften
Der erste Lastschrifteinzug erfolgt für den Aktienfonds UniGlobal Vorsorge. Inwieweit die nachfolgenden Altersvorsorgebeiträge in den Aktienfonds UniGlobal Vorsorge und/oder in den Rentenfonds UniEuroRenta angelegt werden, hängt von der Wertentwicklung des angesparten Altersvorsorgevermögens, der Höhe der eingezahlten Beiträge, vom aktuellen Depotwert, von der verbleibenden Restlaufzeit der Ansparphase, von den Einzahlungszeitpunkten, vom Sparrhythmus, von den Wertschwankungen des angesparten Altersvorsorgevermögens insgesamt und vom aktuellen Zinsniveau ab. Die zuvor beschriebenen Parameter finden Eingang in einen festgelegten Algorithmus, aus dem sich ergibt, inwieweit die weiteren Altersvorsorgebeiträge in den Aktienfonds UniGlobal Vorsorge und/oder in den Rentenfonds UniEuroRenta angelegt werden. Zur Erhöhung der Ertragschancen wird dabei gleichzeitig für die Anleger in Abhängigkeit von den Kapitalmarktbedingungen und der gemäß Ziffer III.D.2.3 erteilten Kapitalzusage eine bestimmte Aktienfondsquote (Anteil des im Aktienfonds angelegten Teils des Altersvorsorgevermögens) angestrebt, wobei sich diese auch auf 0 Prozent belaufen kann. Bei der Ermittlung des Parameters der verbleibenden Restlaufzeit der Ansparphase wird davon ausgegangen, dass die Ansparphase zum frühestmöglichen Beginn der Auszahlphase (Ende des Monats, in dem der Anleger sein 62. Lebensjahr vollendet hat) endet und die Auszahlphase beginnt. Der Anleger kann gemäß Ziffer III. B.5.1 und III. B.5.2 der Sonderbedingungen den Beginn der Auszahlphase auf einen späteren und früheren Zeitpunkt verschieben und damit auch den Parameter der verbleibenden Restlaufzeit der Ansparphase verändern.

2.2 Umschichtungen

Außerdem werden anhand dieses Algorithmus Umschichtungen von bereits mit den Altersvorsorgebeiträgen erworbenen Anteilen des Aktienfonds UniGlobal Vorsorge in den Rentenfonds UniEuroRenta vorgenommen. Dabei wird mittels dieses Algorithmus, der aus den zuvor beschriebenen Parametern gespeist wird (vergleiche die vorherige Ziffer III. B.2.1 der Sonderbedingungen), ermittelt, ob eine Umschichtung von Anteilen des Aktienfonds UniGlobal Vorsorge in den Rentenfonds UniEuroRenta für eine Risikoreduktion des angesparten Altersvorsorgevermögens des Anlegers erforderlich ist. Eine Umschichtung von Anteilen des UniEuroRenta in Anteile des UniGlobal Vorsorge ist ebenso möglich, eine Verpflichtung hierzu besteht dagegen nicht.

2.3 Umschichtungen vom UniGlobal Vorsorge in den UniEuroRenta auf Weisung des Anlegers

Der Anleger hat die Möglichkeit, der Union die Weisung zu erteilen, etwaiges während der Ansparphase in den Aktienfonds UniGlobal Vorsorge angespartes Kapital in den Rentenfonds UniEuroRenta umzuschichten. Eine solche Weisung des Anlegers wird mit Zugang umgesetzt. Dabei erfolgt die Umschichtung am Tage des Eingangs der Weisung bei der Union zu dem zu diesem Zeitpunkt gültigen Rücknahmepreis des UniGlobal Vorsorge beziehungsweise des UniEuroRenta, spätestens an dem auf den Eingang der Weisung folgenden Wertermittlungstag der zuvor bezeichneten Investmentfonds. Eine solche Umschichtung erfolgt kostenlos. Eine solche Weisung ist bindend, ein Widerruf einer solchen Weisung ist nach Zugang bei der Union nicht möglich. Das unter Feld 6 des Depotöffnungsantrags erteilte Versprechen, dass dem Anleger zu Beginn der Auszahlphase mindestens die von ihm eingezahlten Altersvorsorgebeiträge (einschließlich Zulagen) zur Verfügung stehen, wird durch eine solche weisungsbedingte Umschichtung nicht verändert. Durch eine solche weisungsbedingte Umschichtung vom UniGlobal Vorsorge in den UniEuroRenta kann nicht sichergestellt werden, dass etwaige bislang mit dem UniGlobal Vorsorge erzielte Wertsteigerungen bis zum Beginn der Auszahlphase gesichert werden. Vielmehr erfolgen Umschichtungen weiterhin entsprechend der unter Ziffer III. B.2. bis B.2.2 der Sonderbedingungen beschriebenen Umschichtungssystematik. Dies bedeutet, dass weitere Umschichtungen von Anteilen des UniGlobal Vorsorge, die nach weisungsbedingter Umschichtung von weiteren Altersvorsorgebeiträgen für den Anleger erworben wurden, in den UniEuroRenta entsprechend des unter Ziffer III. B.2.2 der Sonderbedingungen beschriebenen Algorithmus erfolgen können. Sollten sowohl eine Buchung aufgrund einer entsprechenden Weisung des Anlegers als auch eine sonstige Buchung (zum Beispiel Entnahme von gebildetem Kapital zu Wohnzwecken, Verfügung über nicht gefördertes Altersvorsorgevermögen, Anlage von Altersvorsorgebeiträgen [einschließlich Zulagen]), die den UniGlobal Vorsorge-Anteilsbestand verändert, taggleich stattfinden, so haben diese Buchungen immer Priorität gegenüber der oben genannten Umschichtung auf Grund einer entsprechenden Weisung des Anlegers. Soweit in den Sonderbedingungen der Begriff „gebildetes Kapital“ verwendet wird, handelt es sich stets um das gebildete Kapital gemäß § 1 Absatz 5 AltZertG. Die Weisung zur Umschichtung vom UniGlobal Vorsorge in den UniEuroRenta wird dann ausgeführt, soweit nach der sonstigen Buchung ein UniGlobal Vorsorge-Anteilsbestand vorhanden ist. Die Erteilung einer Weisung, angespartes Altersvorsorgevermögen, welches sich in Anteilen des UniEuroRenta befindet, in Anteile des UniGlobal Vorsorge umzutauschen, ist nicht möglich.

Eine entsprechende Umschichtung vom UniGlobal Vorsorge in den UniEuroRenta auf Weisung des Anlegers ist nicht mehr während der unter Ziffer III. B.2.4 der Sonderbedingungen geregelten optionalen Sicherungsphase möglich, soweit sich der Anleger hierfür entschieden haben sollte.

2.4 Optionale Sicherungsphase

Der Anleger kann der Union frühestens vier Jahre und spätestens 15 Monate vor dem Beginn der Auszahlphase den Auftrag zur optionalen Sicherungsphase erteilen. Dabei wird der Anteilsbestand des Altersvorsorgevermögens im Aktienfonds UniGlobal Vorsorge kostenlos monatlich in Form einer gleich bleibenden Zahl von Anteilen des UniGlobal Vorsorge in Anteile des Rentenfonds UniEuroRenta mit dem Ziel umgeschichtet, dass das gesamte Altersvorsorgevermögen 12 Monate vor Beginn der Auszahlphase in Anteile des UniEuroRenta investiert ist.

Sofern der Wert der Anteile im Aktienfonds UniGlobal Vorsorge zum Beginn der Sicherungsphase kleiner ist als EUR 1.000,- oder die Dauer der Ansparphase zum Zeitpunkt der Auftragserteilung weniger als 15 Monate beträgt, ist eine schrittweise Umschichtung nicht möglich. Der Anleger hat jedoch die Möglichkeit, der Union die Weisung zu erteilen, etwaiges während der Ansparphase in den Aktienfonds UniGlobal Vorsorge angespartes Kapital in den Rentenfonds UniEuroRenta einmalig komplett umzuschichten. Weitere Altersvorsorgebeiträge (einschließlich Zulagen) in den Altersvorsorgevertrag fließen während der Sicherungsphase nur in den UniEuroRenta, nicht mehr in den UniGlobal Vorsorge. Über die Möglichkeit der Auftragserteilung zur optionalen Sicherungsphase wird die Union den Anleger informieren.

2.5 Wahl des Rentenversicherungstarifs

Der Anleger wählt bei Depotöffnung aus, ob die Union gemäß Ziffer III. D.2.8 der Sonderbedingungen zu Beginn der Auszahlphase für den Anleger einen Rentenversicherungstarif ohne oder mit Todesfallleistung abschließen wird. Gemäß Ziffer III. C.2. hat der Anleger Gestaltungsrechte und Handlungsoptionen zu Beginn der Auszahlphase und kann den gewählten Rentenversicherungstarif bis zum Beginn der Auszahlphase ändern.

3. Dauer der Ansparphase

Die Ansparphase beginnt mit Aufnahme der Einzahlung von Altersvorsorgebeiträgen durch den Anleger (Ziffer III. B.1. der Sonderbedingungen zum Altersvorsorgevertrag) und endet – unbeschadet einer Kündigung des Altersvorsorgevertrags nach Ziffer III. E.1.1 der Sonderbedingungen – mit Beginn der Auszahlphase (Ziffer III. D.1. der Sonderbedingungen zum Altersvorsorgevertrag).

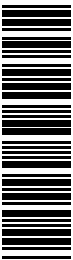
4. Verfügungen über das Altersvorsorgevermögen während der Ansparphase

4.1 Gefördertes Altersvorsorgevermögen

Verfügungen über das geförderte Altersvorsorgevermögen (einschließlich Zulagen) sind während der Dauer der Ansparphase ausgeschlossen. Als gefördertes Altersvorsorgevermögen gilt der Gesamtwert aller Fondsanteile, die aus Zulagen und Beiträgen, die von der Deutsche Rentenversicherung Bund – Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen, Berlin (ZfA) ausdrücklich als gefördert eingestuft wurden, erworben wurden. Das Recht zur Kündigung des Altersvorsorgevertrags nach Ziffer III. E.1.2 der Sonderbedingungen zum Altersvorsorgevertrag, das Recht zur Verfügung über nicht gefördertes Altersvorsorgevermögen gemäß Ziffer III. B.4.2 der Sonderbedingungen zum Altersvorsorgevertrag und zur Entnahme von Altersvorsorgevermögen nach Ziffer III. E.3. der Sonderbedingungen bleibt hiervon unberührt.

4.2 Nicht gefördertes Altersvorsorgevermögen

Der Anleger kann jederzeit über das nicht geförderte Altersvorsorgevermögen während der Dauer der Ansparphase verfügen, soweit die im Altersvorsorgevertrag verbleibenden Fondsanteile einen Wert von EUR 1.500,- nicht unterschreiten und der verfügte Betrag mindestens EUR 500,- beträgt. Aufgrund der erheblichen Rechtsfolgen für den Anleger, die sich aus einer solchen Erklärung ergeben, wird die Union sich bei einer Erklärung davon überzeugen, ob die Kündigungserklärung tatsächlich vom Anleger stammt. Als nicht gefördertes Altersvorsorgevermögen im Sinne dieses Alters-



vorsorgevertrags gilt der Gesamtwert der Fondsanteile, die mit Altersvorsorgebeiträgen erworben wurden, die im jeweiligen Beitragsjahr den maximalen Sonderausgabenabzugsbetrag abzüglich Grundzulage überschritten haben. Soweit Altersvorsorgebeiträge, die unter der Förderhöchstgrenze (maximaler Sonderausgabenabzugsbetrag abzüglich Grundzulage) liegen, nach Ablauf von sieben Beitragsjahren keine Förderung durch Zulage oder Sonderausgabenabzug erfahren haben, gilt auch der Wert der mit diesen Altersvorsorgebeiträgen erworbenen Fondsanteile als nicht gefördertes Altersvorsorgevermögen. Eine Verfügung über nicht gefördertes Altersvorsorgevermögen, welches im Rahmen eines Anbieterwechsels auf den Altersvorsorgevertrag übertragen wurde, ist ausgeschlossen. Wird über nicht gefördertes Altersvorsorgevermögen verfügt, reduziert sich der von der Union nach Feld 6 des Depotöffnungsantrags zugesagte Betrag gemäß Ziffer III. E.3. der Sonderbedingungen. Eine Umklassifizierung von nicht geförderten Altersvorsorgebeiträgen in geförderte Altersvorsorgebeiträge ist ausgeschlossen.

4.3 Förderfähiges Altersvorsorgevermögen

Eine Verfügung über Fondsanteile aus förderfähigem Altersvorsorgevermögen ist nicht möglich. Förderfähiges Altersvorsorgevermögen im Sinne dieser Regelung ist der Gesamtwert der Fondsanteile, die mit Altersvorsorgebeiträgen erworben wurden, die im jeweiligen Beitragsjahr die Förderhöchstgrenze (maximaler Sonderausgabenabzugsbetrag abzüglich Grundzulage) nicht überschritten haben und die vor Ablauf von sieben Beitragsjahren geleistet worden sind. Das Recht zur Kündigung des Altersvorsorgevertrags nach Ziffer III. E.1.2 der Sonderbedingungen, das Recht zur Verfügung über nicht gefördertes Altersvorsorgevermögen gemäß Ziffer III. B.4.2 der Sonderbedingungen zum Altersvorsorgevertrag und zur Entnahme von Altersvorsorgevermögen nach Ziffer III. E.3. der Sonderbedingungen bleibt hiervon unberührt.

5. Anpassung des Beginns der Auszahlphase

5.1 Anpassung des Beginns der Auszahlphase auf späteren Zeitpunkt

Abweichend von Feld 6 des Depotöffnungsantrags hat der Anleger während der Ansparphase die Möglichkeit, den Beginn der Auszahlphase auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Dabei bestehen zwei Möglichkeiten der Verschiebung der Auszahlphase auf einen späteren Zeitpunkt:

Zum einen kann der Anleger den Beginn der Auszahlphase auf einen späteren Zeitpunkt, der vor dem spätesten Zeitpunkt der Auszahlphase gemäß Feld 6 des Depotöffnungsantrags liegen muss, so verschieben, dass der unter Ziffer III. B.2.1 der Sonderbedingungen beschriebene Parameter des Algorithmus der verbleibenden Restlaufzeit auf den neu gewählten Zeitpunkt des Beginns der Auszahlphase angepasst wird. Die Leistungen aus dem Altersvorsorgevertrag werden frühestens ab dem neu gewählten Zeitpunkt erbracht. Falls der Anleger den Beginn der Auszahlphase derart auf einen späteren Zeitpunkt verschoben hat, ist eine Vorverlegung des Beginns der Auszahlphase vor den neu gewählten Zeitpunkt nicht mehr möglich.

Zum anderen kann der Anleger den Beginn der Auszahlphase auf einen späteren Zeitpunkt, der vor dem spätesten Zeitpunkt der Auszahlphase gemäß Feld 6 des Depotöffnungsantrags liegen muss, so verschieben, ohne dass der unter Ziffer III. B.2.1 der Sonderbedingungen beschriebene Parameter des Algorithmus der verbleibenden Restlaufzeit auf den neu gewählten Zeitpunkt des Beginns der Auszahlphase angepasst wird. Falls der Anleger den Beginn der Auszahlphase derart auf einen späteren Zeitpunkt verschoben hat, ist eine Vorverlegung des Beginns der Auszahlphase vor den neu gewählten Zeitpunkt weiterhin gemäß Ziffer III. B.5.2 der Sonderbedingungen möglich.

Da der Anleger zwei Möglichkeiten zur Verschiebung der Auszahlphase auf einen späteren Zeitpunkt hat, ist bei einer Auftragserteilung vom Anleger immer mitzuteilen, ob er eine Verschiebung der Auszahlphase auf einen späteren Zeitpunkt mit oder ohne eine Parameteranpassung des unter Ziffer III. B.2.1 der Sonderbedingungen beschriebenen Algorithmus der verbleibenden Restlaufzeit bis zum frühestmöglichen Beginn der Auszahlphase wünscht. Enthält der Auftrag zur Verschiebung der Auszahlphase auf einen späteren Zeitpunkt keine Angaben zu einer entsprechenden Parameteranpassung, geht die Union davon aus, dass eine Verschiebung der Auszahlphase auf einen späteren Zeitpunkt ohne Parameteranpassung gewünscht wird, so dass in diesem Fall eine Verschiebung der Auszahlphase ohne Parameteranpassung durchgeführt wird.

5.2 Anpassung des Beginns der Auszahlphase auf früheren Zeitpunkt

Abweichend von Feld 6 des Depotöffnungsantrags hat der Anleger während der Ansparphase die Möglichkeit, den Beginn der Auszahlphase auf einen früheren Zeitpunkt, unter Beachtung der Mindestvertragslaufzeit von 20 Jahren, zu verschieben. Dabei bestehen zwei Möglichkeiten der Verschiebung der Auszahlphase auf einen früheren Zeitpunkt:

Zum einen kann der Anleger den Beginn der Auszahlphase auf einen früheren Zeitpunkt, der nach Ende des Monats, in dem der Anleger sein 62. Lebensjahr vollendet hat, liegen muss, so verschieben, dass der unter Ziffer III. B.2.1 der Sonderbedingungen beschriebene Parameter des Algorithmus der verbleibenden Restlaufzeit auf den neu gewählten Zeitpunkt des Beginns der Auszahlphase gegebenenfalls angepasst wird. Die Leistungen aus dem Altersvorsorgevertrag werden frühestens ab dem neu gewählten Zeitpunkt erbracht. Falls der Anleger den Beginn der Auszahlphase derart auf einen früheren Zeitpunkt verschoben hat, ist eine Vorverlegung des Beginns der Auszahlphase vor den neu gewählten Zeitpunkt nicht mehr möglich.

Zum anderen kann der Anleger den Beginn der Auszahlphase auf einen früheren Zeitpunkt, der nach Ende des Monats, in dem der Anleger sein 62. Lebensjahr vollendet hat, liegen muss, so verschieben, dass der unter Ziffer III. B.2.1 der Sonderbedingungen beschriebene Parameter des Algorithmus der verbleibenden Restlaufzeit auf den neu gewählten Zeitpunkt des Beginns der Auszahlphase nicht angepasst wird. Falls der Anleger den Beginn der Auszahlphase derart auf einen früheren Zeitpunkt verschoben hat, ist eine Vorverlegung des Beginns der Auszahlphase vor den neu gewählten Zeitpunkt weiterhin möglich.

Da der Anleger zwei Möglichkeiten zur Verschiebung der Auszahlphase auf einen früheren Zeitpunkt hat, ist bei einer Auftragserteilung vom Anleger immer mitzuteilen, ob er eine Verschiebung der Auszahlphase auf einen früheren Zeitpunkt mit oder ohne eine Parameteranpassung des unter Ziffer III. B.2.1 der Sonderbedingungen beschriebenen Algorithmus der verbleibenden Restlaufzeit bis zum frühestmöglichen Beginn der Auszahlphase wünscht. Enthält der Auftrag zur Verschiebung der Auszahlphase auf einen früheren Zeitpunkt keine Angaben zu einer entsprechenden Parameteranpassung, geht die Union davon aus, dass eine Verschiebung der Auszahlphase auf einen früheren Zeitpunkt ohne Parameteranpassung gewünscht wird, so dass in diesem Fall eine Verschiebung der Auszahlphase ohne Parameteranpassung durchgeführt wird.

C. Informationen zur Auszahlphase

1. Zeitpunkt der Informationen zur Auszahlphase

Neben den Informationen nach Ziffer III. D.7. und E.8. der Sonderbedingungen wird die Union dem Anleger spätestens drei Monate vor Beginn der Auszahlphase schriftliche Informationen über den Beginn der Auszahlphase und zur Gestaltung der Auszahlphase zukommen lassen.

2. Gestaltungsrechte des Anlegers zu Beginn der Auszahlphase

2.1 Entnahme von gefördertem Kapital zu Wohnzwecken und Teilkapitalauszahlungen zu Beginn der Auszahlphase

Der Anleger ist nach Maßgabe von Ziffer III. E.3. der Sonderbedingungen berechtigt, zu Beginn der Auszahlphase die teilweise oder vollständige Auszahlung des gebildeten Kapitals für eine Verwendung zu eigenen Wohnzwecken nach Maßgabe der § 92 a und § 92 b des EStG in ihrer jeweils geltenden Fassung zu verlangen. Darüber hinaus ist der Anleger gemäß Ziffer III. D.2.4 der Sonderbedingungen berechtigt, zu Beginn der Auszahlphase bis zu 30 Prozent des geförderten Altersvorsorgevermögens unter vorheriger Anrechnung etwaiger Kapitalentnahmen zu Wohnzwecken an sich auszahlen zu lassen.

2.2 Wahl der abzuschließenden Rentenversicherung

Die Union wird zu Beginn der Auszahlphase gemäß Ziffer III. D.2.8 der Sonderbedingungen einen Teil des Altersvorsorgevermögens in eine aufgeschobene Rentenversicherung einbringen, die dem Anleger ab Vollendung des 85. Lebensjahres eine gleich bleibende oder steigende lebenslange Rente gewährt. Die Berechnung der Höhe der monatlichen Auszahlungen aus der Rentenversicherung erfolgt für nach dem 31.12.2005 abgeschlossene Verträge unabhängig vom Geschlecht des Anlegers. Der Anleger kann sich dabei zwischen zwei Arten von abzuschließenden Rentenversicherungen entscheiden: einer Rentenversicherung ohne oder einer Rentenversicherung mit Todesfallleistung (Beitragsrückgewähr) vor Rentenbeginn. Der Rentenbeginn der Rentenversicherung wird dem Anleger im Rahmen des Bestätigungsschreibens gemäß Ziffer III. D.3.3 der Sonderbedingungen mitgeteilt. Die Union stellt dem Anleger die entsprechenden Versicherungsbedingungen auf Nachfrage zur Verfügung.

2.3 Ausübung der Gestaltungsrechte

Die zuvor unter Ziffer III. C.2.1 und C.2.2 der Sonderbedingungen beschriebenen Gestaltungsrechte kann der Anleger nur ausüben, wenn zu Beginn der Auszahlphase die Voraussetzungen zur Abfindung einer Kleinbetragsrente gemäß Ziffer III. D.2.5 der Sonderbedingungen nicht vorliegen.

Der Anleger hat die Möglichkeit, bis zum Beginn der Auszahlphase seine Gestaltungsrechte durch eine Erklärung gegenüber der Union auszuüben. Hierzu wird ihn die Union im Rahmen der schriftlichen Informationen über den Beginn der Auszahlphase nach Ziffer III. C.1. der Sonderbedingungen auffordern. Entsprechend dieser Mitteilung des Anlegers wird die Union die Gestaltungsrechte zu Beginn der Auszahlphase berücksichtigen. Eine Mitteilung zur Ausübung etwaiger Gestaltungsrechte unmittelbar vor Beginn der Auszahlphase kann dazu führen, dass der Beginn der Auszahlphase weiter nach hinten verschoben wird, da die Anpassung der gemäß Ziffer III. D.3. der Sonderbedingungen während der Auszahlphase zu leistenden Raten mit der Ausübung der Gestaltungsrechte verbunden ist und eine entsprechende Anpassung dieser Ratenzahlungen erforderlich werden kann.

Eine Ausübung der Gestaltungsrechte ist nach Beendigung der Ansparphase und mit Beginn der Auszahlphase nicht mehr möglich. Übt der Anleger bis zum Beginn der Auszahlphase seine Gestaltungsrechte nicht aus, wird die Union zum Beginn der Auszahlphase weder eine teilweise oder vollständige Auszahlung des gebildeten Kapitals für eine Verwendung zu eigenen Wohnzwecken noch eine Teilkapitalauszahlung von bis zu 30 Prozent des geförderten Altersvorsorgevermögens berücksichtigen. Die Union wird darüber hinaus in diesem Fall einen Teil des Altersvorsorgevermögens in die vom Anleger gewählte aufgeschobene Rentenversicherung einbringen.

3. Informationen vor Beginn der Auszahlphase

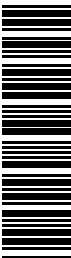
Im Rahmen der gemäß Ziffer III. C.1. der Sonderbedingungen zu erteilenden schriftlichen Informationen über den Beginn der Auszahlphase wird die Union den Anleger über

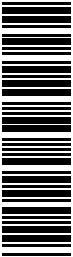
- den Beginn der Auszahlphase
 - das Alter des Anlegers zu Beginn der Auszahlphase
 - das garantierte Kapital zu Beginn der Auszahlphase
 - die garantierte monatliche Auszahlung
 - die anfängliche monatliche Auszahlung
 - die Form der Auszahlung
 - die Dynamisierung der Auszahlungen
 - den Einmalbeitrag für die Rentenversicherung
 - die Kosten während der Auszahlphase
- informieren.

D. Auszahlphase

1. Beginn der Auszahlphase

Leistungen aus diesem Altersvorsorgevertrag (Auszahlphase) werden von der Union Investment Management GmbH (nachfolgend „Union“) gemäß den Angaben in Feld 6 des Depotöffnungsantrags, frühestens jedoch mit dem Ende des Monats, in dem der Anleger sein 62. Lebensjahr vollendet, spätestens ab dem 1. Januar des auf den in § 35 Nummer 1 Sozialgesetzbuch VI bezeichneten Zeitpunkt folgenden Jahres, erbracht (maßgeblich ist die zur Zeit des Vertragsabschlusses geltende Rechtslage) beziehungsweise zu dem im Rahmen einer Verschiebung des Beginns der Auszahlphase vereinbarten Datum. Fällt der Beginn der Auszahlphase auf keinen Wertermittlungstag der für das Altersvorsorgevermögen gemäß Feld 5 des Depotöffnungsantrags erworbenen Investmentfondsanteile, so verschiebt sich der Beginn der Auszahlphase auf den nächsten entsprechenden Wertermittlungstag dieser Investmentfonds, der dem vereinbarten Datum folgt. Wurde als Beginn der Auszahlphase der 01.01. eines Jahres vereinbart oder fällt der Beginn der Auszahlphase entsprechend der Regelungen in Feld 6 des Depotöffnungsantrags auf den 01.01. eines Jahres, so verschiebt sich der Beginn der Auszahlphase auf den zweiten Wertermittlungstag dieser Investmentfonds in dem jeweiligen Jahr.





2. Rechtsfolgen des Beginns der Auszahlphase

2.1 Einstellung der Ausführung der Kaufaufträge per Lastschriftinzug

Mit Erreichen des unter Ziffer III. D.1. der Sonderbedingungen beschriebenen Beginns der Auszahlphase wird der unter Feld 4 des Depotöffnungsantrags für ein UnionDepot geregelte Lastschriftinzug beendet.

2.2 Wegfall der Möglichkeit eines Anbieterwechsels

Nach dem unter Ziffer III. D.1. der Sonderbedingungen beschriebenen Beginn der Auszahlphase kann der Anleger den Altersvorsorgevertrag nicht mehr gemäß Ziffer III. E.1.1 der Sonderbedingungen kündigen, um das gebildete Altersvorsorgevermögen auf einen anderen auf seinen Namen lautenden zertifizierten Altersvorsorgevertrag der Union oder eines anderen Anbieters zu übertragen.

2.3 Erfüllung der Kapitalzusage

Soweit das Altersvorsorgevermögen zu Beginn der Auszahlphase einen geringeren Wert aufweist als der Betrag, den die Union dem Anleger nach Feld 6 des Depotöffnungsantrags zugesagt hat, nämlich die Summe der bis zu diesem Zeitpunkt vom Anleger bei der Union eingezahlten Altersvorsorgebeiträge (einschließlich Zulagen) abzüglich etwaiger Ausgleichszahlungen (Ziffer III. E.4. der Sonderbedingungen), Teilverfügungen (Ziffer III. B.4. der Sonderbedingungen) und Kapitalentnahmen zu Wohnzwecken (Ziffer III. E.3. der Sonderbedingungen), wird die Union aus eigenen Mitteln diese Differenz ausgleichen. Dabei wird die Union am letzten in der Ansparphase bestehenden Wertermittlungstag der für das Altersvorsorgevermögen gemäß Feld 5 des Depotöffnungsantrags erworbenen Investmentfondsanteile einen Kaufauftrag zum Erwerb von gemäß Ziffer III. D.2.6 der Sonderbedingungen zu erwerbenden Investmentfonds (insbesondere von Aktien- und Rentenfonds) in Höhe dieser Differenz erteilen und diesen Kauf auf eigene Rechnung begleichen. Diese Fondsanteile werden sodann dem Altersvorsorgevermögen des Anlegers gutgeschrieben. Mit einem entsprechenden Kauf solcher Fondsanteile durch die Union ist die unter Feld 6 des Depotöffnungsantrags erteilte Zusage der Union, dass zum Beginn der Auszahlphase mindestens die eingezahlten Altersvorsorgebeiträge (einschließlich Zulagen) zur Verfügung stehen, erfüllt. Die Erfüllung dieser Zusage (gesetzliche Garantie) ist Grundlage für die Berechnung der Mindesthöhe der in der Auszahlphase monatlich garantierten Auszahlraten gemäß Ziffer III. D.3.2. Die weitere Wertentwicklung der Fondsanteile kann somit nicht dazu führen, dass die Mindesthöhe der garantierten Auszahlraten unterschritten wird.

Maßgeblich für die Beurteilung, ob der Wert des Altersvorsorgevermögens zu Beginn der Auszahlphase einen geringeren Wert aufweist als die vom Anleger während der Ansparphase eingezahlten Altersvorsorgebeiträge (einschließlich Zulagen) abzüglich etwaiger Kapitalüberträge (inklusive Kapitalüberträge im Rahmen eines Versorgungsausgleiches), Teilverfügungen und Kapitalentnahmen zu Wohnzwecken, ist der Rücknahmepreis des letzten noch zur Ansparphase zählenden Wertermittlungstages der gemäß Feld 5 des Depotöffnungsantrags erworbenen Investmentfondsanteile. Die entsprechende Feststellung des Wertes des Altersvorsorgevermögens und der jeweiligen Rücknahmepreise für einen Wertermittlungstag erfolgt am auf diesen Wertermittlungstag folgenden Bankarbeitstag, also grundsätzlich an dem Bankarbeitstag, der dem Tag des Beginns der Auszahlphase entspricht.

2.4 Teilkapitalauszahlung

Der Anleger ist berechtigt, zu Beginn der Auszahlphase bis zu 30 Prozent des geförderten Altersvorsorgevermögens unter vorheriger Anrechnung etwaiger Kapitalentnahmen zu Wohnzwecken an sich auszahlen zu lassen. Im Rahmen einer solchen Teilkapitalauszahlung zählt das förderfähige Altersvorsorgevermögen gemäß Ziffer III. B.4.3. der Sonderbedingungen zum geförderten Altersvorsorgevermögen im Sinne dieser Regelung. Wünscht der Anleger eine solche Teilkapitalauszahlung, so teilt er dies der Union mit. Dabei wird er durch eine Betrags- beziehungsweise Prozentangabe mitteilen, welchen Betrag beziehungsweise wie viel Prozent des geförderten Altersvorsorgevermögens er als Teilkapitalauszahlung zum Beginn der Auszahlphase ausbezahlt haben möchte.

Nicht gefördertes Altersvorsorgevermögen kann sich der Anleger auf Antrag zu Beginn der Auszahlphase nach Maßgabe von Ziffer III. B.4.2 der Sonderbedingungen bis zu 100 Prozent auszahlen zu lassen.

Soweit der Anleger einen Auftrag zur Teilkapitalauszahlung erteilt hat, wird die Union zu Beginn der Auszahlphase Anteile der Fonds, in die das Altersvorsorgevermögen des Anlegers investiert ist (Aktienfonds UniGlobal Vorsorge beziehungsweise Rentenfonds UniEuroRenta), in dem Umfang veräußern, der dem Betrag der gewünschten Teilkapitalauszahlung entspricht, und den Veräußerungserlös an den Anleger auszahlen. Hat der Anleger der Union durch eine Betragsangabe den Umfang der gewünschten Teilkapitalauszahlung mitgeteilt und macht dieser Betrag mehr als 30 Prozent des geförderten Altersvorsorgevermögens zu Beginn der Auszahlphase aus, weil sich zwischen Mitteilung der gewünschten Teilkapitalauszahlung und Beginn der Auszahlphase der Wert des Altersvorsorgevermögens aufgrund von Wertschwankungen, Rückforderung von Zulagen und so weiter verringert hat, wird die Union 30 Prozent des geförderten Altersvorsorgevermögens zu Beginn der Auszahlphase an den Anleger im Rahmen einer Teilkapitalauszahlung auszahlen.

2.5 Abfindung einer Kleinbetragsrente

Die Union ist berechtigt, eine Kleinbetragsrente durch eine Einmalauszahlung zu Beginn der Auszahlphase abzufinden. Der Anleger kann bis vier Wochen nach der Mitteilung der Union darüber, dass die Auszahlung in Form einer Kleinbetragsrentenabfindung erfolgen wird, den Beginn der Auszahlphase auf den 1. Januar des darauffolgenden Jahres verschieben. Eine Kleinbetragsrente ist eine Rente, die bei gleichmäßiger Verrentung des gesamten zu Beginn der Auszahlphase zur Verfügung stehenden Kapitals eine monatliche Rente ergibt, die 1 Prozent der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 Sozialgesetzbuch IV nicht übersteigt (§ 93 Absatz 3 EStG). Bei der Berechnung dieses Betrags werden alle bei der Union bestehenden Verträge des Anlegers insgesamt berücksichtigt, auf die geförderte Altersvorsorgebeiträge geleistet wurden. Die Union wird eine solche Kleinbetragsrente unverzüglich der für die Zulageberechtigung zuständigen ZfA anzeigen (§ 94 Absatz 1 Satz 5 EStG). Die Union wird zu Beginn der Auszahlphase Anteile der Fonds, in die das Altersvorsorgevermögen des Anlegers investiert ist, veräußern und die daraus resultierenden Veräußerungserlöse als Abfindungsbetrag an den Anleger auszahlen. Der Altersvorsorgevertrag endet mit der Abfindung durch die Kleinbetragsrente.

2.6 Anlage des Altersvorsorgevermögens zum Beginn der Auszahlphase

Mit Erreichen des unter Ziffer III. D.1. der Sonderbedingungen beschriebenen Beginns der Auszahlphase verkauft die Union die Anteile des Aktienfonds UniGlobal Vorsorge beziehungsweise des Rentenfonds UniEuroRenta, in die das Altersvorsorgevermögen des Anlegers investiert ist. Zugleich erwirbt die Union aus dem Veräußerungserlös An-

teile an ausgewählten und für die Auszahlphase bestimmten Investmentfonds (insbesondere Aktien- und Rentenfonds) und schreibt diese Fondsanteile dem Altersvorsorgevermögen des Anlegers gut. Dabei werden keine Ausgabeaufschläge erhoben. Ein Teil dieses Veräußerungserlöses wird gemäß Ziffer III. D.2.8 der Sonderbedingungen in eine Rentenversicherung eingebracht werden.

2.7 Anlage des Altersvorsorgevermögens während der Auszahlphase bis zum vollendeten 85. Lebensjahr des Anlegers

Die Union wird das Altersvorsorgevermögen während der Auszahlphase auf der Grundlage eines regelbasierten, kundenindividuellen und dynamischen Anlagekonzepts in Anteile von Investmentfonds (insbesondere Aktien- und Rentenfonds) anlegen. Im Rahmen dieses Anlagekonzepts wird die Aufteilung des Altersvorsorgevermögens des Anlegers während der Auszahlphase regelmäßig überprüft und die Aufteilung gegebenenfalls angepasst (Umschichtungen des vorhandenen Altersvorsorgevermögens). Ausschüttungen der von der Union für den Anleger erworbenen Investmentfonds und andere fondsbezogene Gutschriften werden automatisch in Anteile derselben Fonds beziehungsweise anderer Fonds gemäß des regelbasierten, kundenindividuellen und dynamischen Anlagekonzepts angelegt. Ausgabeaufschläge werden dabei nicht erhoben.

2.8 Anlage des Altersvorsorgevermögens während der Auszahlphase ab dem vollendeten 85. Lebensjahr des Anlegers (Kapitalverrentung)

Zu Beginn der Auszahlphase ist aus dem dann zur Verfügung stehenden Kapital ein Betrag in eine Rentenversicherung einzubringen, die dem Anleger ab Vollendung des 85. Lebensjahres eine gleich bleibende oder steigende lebenslange Leibrente gewährt, deren erste monatliche Rate mindestens so hoch ist wie die letzte monatliche Auszahlung aus dem Auszahlplan unter Außerachtlassung variabler Teilraten. Die Union wird daher einen Teil des gemäß Ziffer III. D.2.6 der Sonderbedingungen vorhandenen Veräußerungserlöses für den Abschluss einer Rentenversicherung mit einem Lebensversicherungsunternehmen verwenden. Die Union ist dabei Versicherungsnehmer und der Anleger versicherte Person. Auch in der Leibrentenphase ist die Union alleiniger Ansprechpartner des Anlegers. Die zertifizierten Vertragsbedingungen des Altersvorsorgevertrags bleiben unverändert maßgebend, insbesondere kann auch bei den garantierten monatlichen Rentenzahlungen keine Leistungsreduzierung erfolgen. Die Rentenversicherung wird für den Anleger monatliche Auszahlungen ab Vollendung des 85. Lebensjahres lebenslang leisten. In dem an das Lebensversicherungsunternehmen zu zahlenden Einmalbeitrag sind vom Lebensversicherungsunternehmen Kosten einkalkuliert. Diese Kosten sind im Einmalbeitrag bereits enthalten und sind vom Anleger nicht gesondert zu zahlen. Über die tatsächliche Höhe der in den Einmalbeitrag einkalkulierten Kosten, deren exakte Höhe sich erst zum Zeitpunkt des Versicherungsschlusses beziffern lässt, wird der Anleger mit dem Bestätigungsschreiben gemäß Ziffer III. D.3.3 der Sonderbedingungen zur Auszahlphase informiert. Die Union erhält und zahlt keine Vertriebsprovision aus der Rentenversicherung. Daher werden auch keine Vertriebskosten in den Einmalbeitrag für die Rentenversicherung einkalkuliert. Für nach dem 31.12.2005 abgeschlossene Verträge erfolgt die Berechnung der Auszahlungen unabhängig vom Geschlecht des Anlegers.

Die Union wird für den Anleger dabei je nach Ausübung des unter Ziffer III. B.2.5 und C.2.2 der Sonderbedingungen geregelten Gestaltungsrechts eine Rentenversicherung mit oder ohne Todesfallleistung (Beitragsrückgewähr) vor Rentenbeginn abschließen. Es gelten die jeweils aktuellen Bedingungen der Rentenversicherung, die der Anleger gemäß Ziffer III. C.2.2 der Sonderbedingungen von der Union jederzeit erhalten kann. Sollten sich diese Bedingungen der Rentenversicherung mit oder ohne Todesfallleistung noch vor Beginn der Auszahlphase ändern, nachdem der Anleger gegenüber der Union abschließend mitgeteilt hat, für welche Art der Rentenversicherung er sich entschieden hat, wird die Union den Anleger auf die ihn insoweit betreffenden Änderungen vor Beginn der Auszahlphase hinweisen und ihm auf Nachfrage die neuen Bedingungen zur Verfügung stellen.

Der Anleger wird hiermit informiert, dass die Union dem Lebensversicherungsunternehmen die Daten des Anlegers übermittelt, die das Lebensversicherungsunternehmen für den Abschluss einer entsprechenden Rentenversicherung benötigt. Diese Daten werden während der Auszahlphase für alle Angelegenheiten im Zusammenhang mit der abzuschließenden Rentenversicherung von dem Lebensversicherungsunternehmen verarbeitet und genutzt.

3. Monatliche Ratenzahlungen

3.1 Bestimmung der Höhe der monatlichen Raten

Die Union wird ab dem Beginn der Auszahlphase Leistungen aus dem Altersvorsorgevertrag für den Anleger in Form eines Auszahlplans erbringen. Die Höhe der gleich bleibenden oder steigenden garantierten monatlichen Auszahlraten, die während der Auszahlphase an den Anleger zu zahlen sind, kann die Union einseitig bestimmen. Dabei kann die so bestimmte Höhe der garantierten monatlichen Auszahlraten von der Höhe der in der Information zur Auszahlphase genannten garantierten monatlichen Auszahlraten nach oben oder unten abweichen. Eine solche einseitige Leistungsbestimmung durch die Union ist erforderlich, weil sich zum Zeitpunkt des Beginns der Auszahlphase die Parameter seit Erstellung der Information zur Auszahlphase derart geändert haben können, dass die in der Information zur Auszahlphase genannte Höhe der Raten nicht mehr dargestellt werden kann. Deren Höhe kann von dem Anleger gemäß Ziffer III. C.3. mitgeteilten Angaben zum garantierten Kapital und zur garantierten monatlichen Leistung ab Beginn der Auszahlphase aufgrund gesetzlicher Änderungen, höchstrichterlicher Rechtsprechung, Änderungen der Höhe der Beitragszahlungen, der Zulagenzahlungen, der Wertsteigerungen, der Erträge oder der Bewertungsreserven gegenüber der zum Zeitpunkt der Erstellung der Information erwarteten Höhe oder aufgrund eines abweichenden Beginns der Auszahlphase abweichen.

3.2 Grundlagen für die Bestimmung der Höhe der monatlichen Raten

Die Union wird die Höhe der gleich bleibenden oder steigenden monatlichen Auszahlraten wie folgt ermitteln: Zunächst werden die vom Anleger gemäß unter Ziffer III. C.2. der Sonderbedingungen ausgeübten Gestaltungsrechte berücksichtigt. Das nach Berücksichtigung der ausgeübten Gestaltungsrechte zu Beginn der Auszahlphase zur Verfügung stehende Altersvorsorgevermögen (nach Entnahme von gefördertem Kapital zu Wohnzwecken und etwaiger Teilkapitalauszahlungen) wird um den Teil, der in eine Rentenversicherung einzubringen ist, um ab Vollendung des 85. Lebensjahres des Anlegers eine lebenslange Rente in Höhe der monatlich garantierten Auszahlraten zu gewähren, reduziert. Dabei werden die Konditionen für eine entsprechende Rentenversicherung zum Zeitpunkt des Beginns der Auszahlphase zugrunde gelegt. Das verbleibende Kapital wird zu gleichen Teilen auf die Anzahl der Auszahlzeitpunkte bis zur Vollendung des 85. Lebensjahres des Anlegers verteilt. Aus dieser Berechnung ergibt sich die Mindesthöhe der in der Auszahlphase monatlich garantierten Auszahl-

raten. Für nach dem 31.12.2005 abgeschlossene Verträge erfolgt die Berechnung der Auszahlungen unabhängig vom Geschlecht des Anlegers.

Darüber hinaus prüft die Union auf der Grundlage einer finanzmathematischen Berechnung, ob die zuvor beschriebene Mindesthöhe der monatlich garantierten Auszahlraten weiter erhöht werden kann. Ergibt diese Berechnung, dass eine entsprechende Erhöhung möglich ist, wird die Union die monatlich garantierten Auszahlraten erhöhen. Bei dieser Berechnung wird das zu Beginn der Auszahlphase zur Verfügung stehende Altersvorsorgevermögen (nach Entnahme von gefördertem Kapital zu Wohnzwecken und etwaiger Teilkapitalauszahlungen) einer Berechnung unter Zugrundelegung eines rechnungsmäßigen Garantiezinses zugeführt. Der rechnungsmäßige Garantiezins richtet sich nach den aktuellen Kapitalmarktbedingungen zu Beginn der Auszahlphase und wird derzeit mit bis zu maximal 1 Prozent berücksichtigt. Soweit sich die Kapitalmarktbedingungen wesentlich ändern, kann die Union die maximale Berücksichtigung des Garantiezinses erhöhen.

Entsprechend diesen zu Beginn der Auszahlphase vorliegenden Rahmenbedingungen wird die Höhe der monatlich garantierten Auszahlraten von der Union bestimmt.

Daneben können dem Anleger während der Auszahlphase variable Teilraten monatlich ausbezahlt werden. Dabei ist eine gesonderte Auszahlung der in der Auszahlphase anfallenden Zinsen und Erträge als variable Teilraten zulässig, soweit die Union diese nicht zur Erfüllung ihrer sich aus diesem Vertrag ergebenden Verpflichtungen benötigt. Die Höhe dieser variablen Teilraten wird die Union zum Beginn der Auszahlphase und während der Auszahlphase bestimmen. Ob eine variable Teilrate an den Anleger gezahlt werden kann und deren Höhe, ergibt sich im weiteren Verlauf der Auszahlphase insbesondere aus der Wertentwicklung der Fonds, in die das Altersvorsorgevermögen während der Auszahlphase investiert ist, und dem zum Zeitpunkt der Überprüfung geltenden Kapitalmarktumfeld. In Abhängigkeit von der Wertentwicklung der Fonds während der Auszahlphase kann sich der Wert des Altersvorsorgevermögens und damit auch die Höhe der variablen Teilrate verändern. Die gesamte Rate kann daher während der Auszahlphase sowohl nach oben als auch nach unten angepasst werden. Die Mindesthöhe der in der Auszahlphase monatlich garantierten Auszahlraten wird hierdurch nicht unterschritten.

Neben den ab Vollendung des 85. Lebensjahres des Anlegers aus der gemäß Ziffer III. D.2.8 der Sonderbedingungen abgeschlossenen Rentenversicherung gespeicherten monatlich garantierten Auszahlraten kann der Anleger darüber hinaus aus dieser Rentenversicherung erhöhte Auszahlungen aus der Überschussbeteiligung erhalten, ohne dass allerdings solche Auszahlungen aus der Überschussbeteiligung garantiert werden können. Hierüber kann der Anleger nähere Informationen über die Versicherungsbedingungen erhalten, die dem Anleger auf Nachfrage zur Verfügung gestellt werden.

3.3 Bestätigung zur Auszahlphase

Der Anleger erhält vor der ersten Auszahlung der Auszahlraten eine schriftliche Bestätigung, in der ihm die von der Union gemäß Ziffer III. D.3.1 der Sonderbedingungen bestimmten monatlich garantierten Auszahlraten und der zu Beginn der Auszahlphase gemäß Ziffer III. D.2.8 abgeführte Einmalbeitrag in die abzuschließende aufgeschobene Rentenversicherung mitgeteilt werden.

3.4 Finanzierung der monatlichen Raten und der variablen Teilraten

Bis zur Vollendung des 85. Lebensjahres des Anlegers wird die Union die monatlich garantierten Auszahlraten durch Veräußerung von Anteilen an Investmentfonds, die sie gemäß Ziffer III. D.2.6 und Ziffer III. D.2.7 der Sonderbedingungen zu Beginn der Auszahlphase beziehungsweise während der Auszahlphase aus dem Altersvorsorgevermögen des Anlegers erworben hat, finanzieren.

Die variablen Teilraten werden aus während der Auszahlphase erwirtschafteten Erträgen und Veräußerungsgewinnen der Investmentfonds, die die Union gemäß Ziffer III. D.2.6 und Ziffer III. D.2.7 der Sonderbedingungen aus dem Altersvorsorgevermögen des Anlegers erworben hat, finanziert.

Ab Vollendung des 85. Lebensjahres des Anlegers werden die monatlich garantierten Auszahlraten aus der zu Beginn der Auszahlphase gemäß Ziffer III. D.2.8 der Sonderbedingungen abzuschließenden aufgeschobenen Rentenversicherung geleistet.

3.5 Zahlung, Beginn und Ende der monatlichen Raten

Die monatlich garantierten Auszahlraten und gegebenenfalls etwaige variable Teilraten werden jeweils am Ende eines jeden Monats fällig und die Union veranlasst eine entsprechende Auszahlung. Soweit dieser Fälligkeitstermin kein Bankarbeitstag ist, erfolgt die Veranlassung der Auszahlung zum nächstmöglichen Bankarbeitstag. Dementsprechend wird die Union bis zur Vollendung des 85. Lebensjahres des Anlegers rechtzeitig Anteile an Investmentfonds, die sie gemäß Ziffer III. D.2.6 und Ziffer III. D.2.7 der Sonderbedingungen zu Beginn der Auszahlphase beziehungsweise während der Auszahlphase aus dem Altersvorsorgevermögen des Anlegers erworben hat, veräußern, um aus deren Veräußerungserlös entsprechende monatliche garantierte Auszahlraten und gegebenenfalls variable Teilraten leisten zu können.

Die monatlichen Raten werden auf die vom Anleger in Feld 8 des Depoteröffnungsantrags gegenüber der Union angegebene Bankverbindung überwiesen, es sei denn, der Anleger hat eine andere Bankverbindung mitgeteilt.

Die im Rahmen eines Auszahlplans zu leistenden monatlich garantierten Auszahlraten enden mit dem Tod des Anlegers oder durch Kündigung des Altersvorsorgevertrags nach Beginn der Auszahlphase gemäß den Ziffern III. D.5. und D.6. der Sonderbedingungen.

4. Zulagengewährung und Zulagenerstattung nach Beginn der Auszahlphase

Werden Altersvorsorgezulagen von der ZfA erst nach Beginn der Auszahlphase an die Union überwiesen, so kann die Union diese Zulagen außerhalb der Ratenzahlungen des Auszahlplans direkt an den Anleger auszahlen.

Wenn während der Ansparphase gewährte Altersvorsorgezulagen von der ZfA erst nach Beginn der Auszahlphase gemäß § 94 Absatz 1 EStG zurückgefordert und von der Union an die ZfA erstattet werden, kann die Union die gemäß Ziffer III. D.3.1 der Sonderbedingungen bestimmten und gemäß Ziffer III. D.3.3 der Sonderbedingungen bestätigten monatlich garantierten Auszahlraten neu bestimmen. Die Union wird den Anleger schriftlich über das Ergebnis dieser neuen Bestimmung der monatlich garantierten Auszahlraten unterrichten. Für die Erstattung der Zulagen an die ZfA wird das Altersvorsorgevermögen des Anlegers belastet.

5. Tod des Anlegers

Der Auszahlplan endet mit dem Tod des Anlegers. Mit Kenntnis vom Tod des Anlegers wird die Union das vorhandene Altersvorsorgevermögen mit Ausnahme des Teils, der

in eine Rentenversicherung überführt wurde, in Anteile an einem kurzlaufenden Rentenfonds anlegen. Eine Hinterbliebenenabsicherung ist nicht vorgesehen. Wird das geförderte Altersvorsorgevermögen des Anlegers nicht auf einen auf den Namen des Ehegatten lautenden Altersvorsorgevertrag übertragen, treten die Folgen einer schädlichen Verwendung ein (Rückzahlung der Zulagen und steuerlichen Förderung).

6. Kündigungsrecht des Anlegers

Nach Beginn der Auszahlphase kann der Anleger den Vertrag nur noch beenden, in dem er den Vertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigt und eine schädliche Verwendung des Altersvorsorgevermögens billigend in Kauf nimmt. Die Union wird im Falle einer solchen Kündigung die gemäß Ziffer III. D.2.8 der Sonderbedingungen für den Anleger abgeschlossene Rentenversicherung kündigen, um den sich daraus ergebenden Rückkaufswert (abzüglich etwaiger zurückzuerstattender Förderungen) an den Anleger auszuzahlen. Nach Eingang des Rückkaufswertes gilt Ziffer III. E.1.2 der Sonderbedingungen entsprechend. Aufgrund der erheblichen Rechtsfolgen für den Anleger, die sich aus einer solchen Kündigung ergeben, wird die Union sich bei einer Kündigung davon überzeugen, ob die Kündigungserklärung tatsächlich vom Anleger stammt.

7. Informationen während der Auszahlphase

Während der Auszahlphase informiert die Union den Anleger entsprechend der Ziffer III. E.8. der Sonderbedingungen. Über die gemäß Ziffer III. D.2.7 der Sonderbedingungen erfolgende Anlage des Altersvorsorgevermögens während der Auszahlphase innerhalb eines Kalenderjahres bis zur Vollendung des 85. Lebensjahres des Anlegers wird die Union den Anleger mindestens einmal jährlich informieren.

E. Sonstige Bestimmungen

1. Beendigung des Altersvorsorgevertrags

1.1 Der Anleger ist berechtigt, den Altersvorsorgevertrag während der Ansparphase (Ziffer III. B.4. der Sonderbedingungen zum Altersvorsorgevertrag) mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalendervierteljahres zu kündigen, um das gebildete Kapital (gefördertes, förderfähiges und nicht gefördertes Altersvorsorgevermögen) auf einen anderen auf seinen Namen lautenden Altersvorsorgevertrag der Union oder eines anderen Anbieters von Altersvorsorgeverträgen zu übertragen. Die Veräußerung der Anteile erfolgt zum Rücknahmepreis des letzten Wertermittlungstages des Kalendervierteljahres, zu dem der Anleger gekündigt hat. Im Fall der Kündigung ist der Anleger verpflichtet, der Union den Neuausschluss eines zertifizierten Altersvorsorgevertrags rechtzeitig vor Ablauf der Kündigungsfrist schriftlich nachzuweisen. Im Fall einer Kündigung entfällt die Zusage, dass zu Beginn der Auszahlphase mindestens die vom Anleger eingezahlten Altersvorsorgebeiträge (einschließlich Zulagen) zur Verfügung stehen, ohne Weiteres. Dies gilt nicht für den Fall, dass der Anleger den Altersvorsorgevertrag mit einer Frist von drei Monaten zum Beginn der Auszahlphase kündigt, um das gebildete Kapital wie in Satz 1 beschrieben zu übertragen; in diesem Fall besteht die Zusage fort. Kommt die Union ihrer Informationspflicht nach § 7 b Absatz 1 AltZertG nicht spätestens sechs Monate vor Beginn der Auszahlphase nach, verkürzt sich diese Kündigungsfrist gemäß § 7 b Absatz 2 AltZertG auf 14 Tage. Für die Übertragung stellt die Union dem Anleger Kosten gemäß dem aktuellen Allgemeinen Preisverzeichnis in Rechnung, maximal EUR 150,-. Bei der Berechnung der Abschluss- und Vertriebskosten sind vom Anbieter des neuen Altersvorsorgevertrags maximal 50 Prozent des übertragenen, im Zeitpunkt der Übertragung nach § 10 a oder Abschnitt XI des EStG geförderten Kapitals zu berücksichtigen.

1.2 Kündigt der Anleger den Altersvorsorgevertrag, ohne das geförderte Altersvorsorgevermögen auf einen anderen zertifizierten Altersvorsorgevertrag zu übertragen (schädliche Verwendung), zeigt die Union dies unverzüglich der ZfA an. Erst nach Mitteilung der Höhe der dem Anleger gewährten steuerlichen Förderungen wird die Union dem Anleger das angesparte Altersvorsorgevermögen abzüglich der Förderungen und eigener Kosten auszahlen. Die Abrechnung veräußerter Anteile erfolgt zu dem am Tage des Eingangs der ZfA-Mitteilung bei der Union gültigen Rücknahmepreis, spätestens an dem auf den Eingang der ZfA-Mitteilung folgenden Wertermittlungstag.

1.3 Der Altersvorsorgevertrag endet mit dem Tod des Anlegers.

1.4 Eine ordentliche Kündigung des Altersvorsorgevertrags durch die Union ist ausgeschlossen.

1.5 Wird das geförderte Altersvorsorgekapital vollständig zu Wohnzwecken entnommen (vergleiche Ziffer III. E.3. der Sonderbedingungen) und ist weder nicht gefördertes noch förderfähiges Altersvorsorgevermögen im Altersvorsorgevertrag enthalten, gilt der Altersvorsorgevertrag als beendet.

2. Ruhen des Altersvorsorgevertrags

Der Anleger ist während der Ansparphase (Ziffer III. B.3. der Sonderbedingungen) berechtigt, den Vertrag durch eine Erklärung gegenüber der Union ruhen zu lassen.

3. Entnahme von gefördertem Kapital zu Wohnzwecken

Der Anleger ist bis zum Beginn der Auszahlphase berechtigt, durch Erklärung gegenüber der Union mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalendervierteljahres die Auszahlung des Kapitals für eine Verwendung zu eigenen Wohnzwecken nach Maßgabe der § 92 a und § 92 b des EStG in ihrer jeweils geltenden Fassung zu verlangen. Der Anleger hat die Verwendung des Altersvorsorgevermögens nach § 92 b Absatz 1 EStG bei der ZfA zu beantragen. Die Union führt den Auftrag erst aus, wenn die ZfA mitgeteilt hat, bis zu welcher Höhe eine wohnungswirtschaftliche Verwendung im Sinne des § 92 a Absatz 1 Satz 1 vorliegen kann (vergleiche § 92 b Absatz 1 Satz 3, Absatz 2 Satz 1 EStG). Soweit die vorgenannten Mitteilungen beziehungsweise Meldungen bereits vor Ablauf der dreimonatigen Frist vorliegen, kann die USB die Auszahlung des Kapitals entsprechend vor Ablauf dieser Frist vornehmen. Die Veräußerung der Anteile erfolgt dabei spätestens zum Rücknahmepreis des dritten Wertermittlungstages nach Eingang der ZfA-Mitteilung bei der Union. Der entnommene Betrag wird zum Zwecke der nachgelagerten Besteuerung in einem Wohnförderkonto erfasst. Zahlungen in der Ansparphase zur Verminderung des im Wohnförderkonto erfassten Entnahmebetrags nach § 92 a Absatz 2 Satz 4 Nr. 1 EStG und zur Reinvestition nach § 92 a Absatz 3 Satz 9 Nr. 2 EStG sind ausgeschlossen. Weitere Einzahlungen des Anlegers gelten als neue Beitragszahlungen in den Altersvorsorgevertrag. Das Recht des Anlegers gemäß Ziffer III. B.4.2 bleibt hiervon unberührt. Im Fall einer Entnahme von Kapital zu eigenen Wohnzwecken verringert sich anteilig die Höhe des Betrags, den die Union dem Anleger im Rahmen der Zusage gemäß Ziffer III. D.2.3. der Sonder-



bedingungen (gesetzliche Garantie) erteilt hat. Der von der Union nach der Zusage gemäß Ziffer III. D.2.3. der Sonderbedingungen (gesetzliche Garantie) zugesagte Betrag verringert sich im gleichen Verhältnis wie sich das Kapital durch den entnommenen Betrag verringert und berechnet sich gemäß folgender Formel:

$$Z = A - \frac{(E * A)}{G}$$

wobei

Z = zugesagter Betrag nach Entnahme

A = zugesagter Betrag vor Entnahme

E = Betrag der Entnahme

G = Wert des gebildeten Kapitals vor Entnahme.

Klarstellend nimmt der Anleger zur Kenntnis, dass die Union den Auftrag für die Entnahme von gebildetem Kapital zu Wohnzwecken erst ausführen kann, wenn die Mitteilungen beziehungsweise Meldungen der ZfA, bis zu welcher Höhe eine wohnungswirtschaftliche Verwendung im Sinne des § 92 a Absatz 1 Satz 1 vorliegen kann, der Union vorliegen (§ 92b Absatz 1 Satz 3, Absatz 2 Satz 1 EStG). Dabei obliegt dem Anleger die Pflicht, den Antrag über die Verwendung des Altersvorsorgevermögens nach Maßgabe des § 92 b Absatz 1 Satz 1 und 3 EStG bei der ZfA zu stellen. Mit Eingang der ZfA-Mitteilung beziehungsweise Meldungen, bis zu welcher Höhe eine wohnungswirtschaftliche Verwendung im Sinne des § 92 a Absatz 1 Satz 1 vorliegen kann, wird die Union Anteile der Fonds, in die das Altersvorsorgevermögen des Anlegers investiert ist, in dem Umfang verkaufen, der dem Betrag der Entnahme von Kapital zu Wohnzwecken entspricht, und den Veräußerungserlös an den Anleger auszahlen.

Sofern der Anleger gefördertes Kapital bis zu einem verbleibenden Restbetrag von mindestens EUR 3.000,- zu Wohnzwecken nach Maßgabe des § 92 a EStG in seiner jeweils geltenden Fassung entnommen hat beziehungsweise entnehmen darf, finden für den verbleibenden Betrag (mindestens EUR 3.000,-) die weiteren Regelungen zum Altersvorsorgevertrag Anwendung. Dies kann dazu führen, dass der verbleibende Betrag die Union dazu berechtigt, gemäß Ziffer III. D.2.5 der Sonderbedingungen den Anleger zum Beginn der Auszahlphase durch eine Kleinbetragsrente abzufinden.

Abweichend von Feld 6 des Depoteröffnungsantrags beginnt im Fall einer Entnahme von gebildetem Kapital zu eigenen Wohnzwecken die Auszahlphase spätestens mit Vollendung des 68. Lebensjahres (§ 92 a Absatz 2 Satz 5 EStG).

4. Versorgungsausgleich

Findet ein Ausgleich der bestehenden Anwartschaften auf Versorgung beziehungsweise Ansprüche auf laufende Versorgung aus dem Altersvorsorgevertrag zu Lasten des Anlegers nach dem Versorgungsausgleichsgesetz (VersAusglG) statt, wird die Union Anteile der Fonds, in die das Altersvorsorgevermögen des Anlegers investiert ist, in Höhe des Ausgleichsbetrags veräußern und die daraus resultierenden Veräußerungserlöse nach den Vorgaben des VersAusglG beziehungsweise einer Teilungsordnung übertragen. Bei einem Versorgungsausgleich während der Ansparphase verringert sich die von der Union gemäß Feld 6 des Depoteröffnungsantrags (gesetzliche Garantie) gemachte Zusage entsprechend der Regelung von Ziffer III. E.3. der Sonderbedingungen. Tritt ein Versorgungsausgleich während der Auszahlphase ein, wird die Union die gemäß Ziffer III. D.3.1 der Sonderbedingungen bestimmten und gemäß Ziffer III. D.3.3 der Sonderbedingungen bestätigten garantierten monatlichen Auszahlraten unter Berücksichtigung der Verringerung des Altersvorsorgevermögens durch den Versorgungsausgleich neu bestimmen. Die Union wird den Anleger schriftlich über das Ergebnis dieser neuen Bestimmung der garantierten monatlichen Auszahlraten unterrichten.

5. Kapitalübertrag bei Versorgungsausgleich oder Nachlass

Findet bei Abschluss des Vertrags beziehungsweise bei einem bestehenden Vertrag ein Kapitalübertrag wegen eines Versorgungsausgleichs oder eines Nachlassfalls auf den Altersvorsorgevertrag statt, so können abweichend von Feld 2 und 4 des Depoteröffnungsantrags die Mindestvertragslaufzeit unterschritten sowie die maximale Beitragshöhe pro Jahr überschritten werden. Wegen der unterschrittenen Mindestvertragslaufzeit des Altersvorsorgevertrags beginnt im Fall eines Neuabschlusses eines Vertrags abzuweichen von Feld 6 des Depoteröffnungsantrags die Auszahlphase am 1. Januar des auf den in § 35 Nummer 1 Sozialgesetzbuch VI bezeichneten Zeitpunkt folgenden Jahres (maßgeblich ist die zur Zeit des Vertragsschlusses geltende Rechtslage). Eine Anpassung des Beginns der Auszahlphase auf einen früheren Zeitpunkt gemäß Ziffer III. B.5.2 der Sonderbedingungen ist in diesem Fall nicht möglich. Im Übrigen bleiben die Regelungen von Feld 2 und 4 des Depoteröffnungsantrags unberührt. Darüber hinaus verschiebt sich in diesen Fällen abweichend von Feld 6 des Depoteröffnungsantrags der frühestmögliche Beginn der Auszahlphase auf den Beginn des Jahres, welches dem Jahr folgt, in dem der Anleger das 67. Lebensjahr vollendet hat, wenn Altersvorsorgevermögen für eine Verwendung zu eigenen Wohnzwecken nach Maßgabe der § 92 a und § 92 b des EStG in ihrer jeweils geltenden Fassung entnommen wird. Dabei muss die Auszahlphase spätestens mit Vollendung des 68. Lebensjahres beginnen (§ 92 a Absatz 1 Satz 5 EStG).

6. Abtretungs- und Übertragungsverbot

Die Abtretung oder Übertragung von Forderungen oder Eigentumsrechten aus diesem Altersvorsorgevertrag an Dritte ist ausgeschlossen.

7. Kosten

7.1 Abschluss- und Vertriebskosten

Zur Abgeltung der Abschluss- und Vertriebskosten werden prozentual von den vom Anleger eingezahlten Altersvorsorgebeiträgen (einschließlich Zulagen) Beträge abgezogen, deren maximale Höhe sich aus dem nach dem AltZertG für den Anleger individuell zu erstellenden Produktinformationsblatt ergibt, welches dem Anleger vor Vertragsabschluss ausgehändigt wird.

Die tatsächliche Höhe der abzuziehenden Beträge entspricht den jeweiligen Ausgabeaufschlägen, die beim Erwerb der Investmentfondsanteile beziehungsweise Fondsprodukte erhoben werden (deren Höhe ergibt sich aus dem Verkaufsprospekt der betreffenden Investmentfonds in der jeweils geltenden Fassung).

Im Rahmen eines Kapitalübertrags werden bei der Berechnung der Abschluss- und Vertriebskosten maximal 50 Prozent des übertragenen, im Zeitpunkt der Übertragung nach § 10 a oder Abschnitt XI des EStG geförderten Kapitals berücksichtigt.

7.2 Verwaltungskosten

Für die Verwaltung des gebildeten Kapitals fallen hierauf prozentual Kosten an, deren maximale jährliche Höhe sich aus dem individuellen Produktinformationsblatt ergibt.

Hierin enthalten sind Verwaltungsvergütungen und sonstige Kosten (Depotbankvergütung, Kosten der Prüfung der Investmentfonds und so weiter), deren Höhe sich jeweils aus dem Verkaufsprospekt der Investmentfonds in der jeweils geltenden Fassung ergibt und die diesen unmittelbar belastet werden.

Zudem werden jährlich Kosten für die Depotkontoverwaltung im Rahmen des Altersvorsorgevertrags bis zur Höhe des im individuellen Produktinformationsblatt genannten Höchstbetrags erhoben. Die im Allgemeinen Preisverzeichnis genannten Kosten für einzelne Geschäftsvorfälle sind, soweit einschlägig, in den Verwaltungskosten beziehungsweise in den anlassbezogenen Kosten gemäß AltZertG (vgl. Ziffer III. E.7.3 der Sonderbedingungen) bereits mitberücksichtigt.

Die Umschichtungen vom UniGlobal Vorsorge in den UniEuroRenta während der Ansparphase erfolgen kostenfrei. Der Umtausch des angesparten Kapitals im Anschluss an die Ansparphase des Altersvorsorgevertrags (Auszahlplan, frühestens ab Vollendung des 62. Lebensjahres) in andere Investmentfonds der Union erfolgt ebenfalls kostenfrei.

Im Rahmen der gemäß Ziffer III. D.2.8 der Sonderbedingungen mit einem Lebensversicherungsunternehmen abzuschließenden Rentenversicherung fallen einmalige – zu Beginn der Auszahlphase fällige – und jährliche Verwaltungskosten an, deren Höhe jeweils prozentual abhängig ist von der Höhe des in die Versicherung einzubringenden Teils des zu Beginn der Auszahlphase vorhandenen gebildeten Kapitals. In der Bezugsphase der Leibrente ermitteln sich die jährlichen Verwaltungskosten als Prozentsatz der gezahlten Leistung. Die tatsächliche Betragshöhe lässt sich jeweils erst zum Zeitpunkt des Versicherungsabschlusses beziffern.

7.3 Anlassbezogene Kosten

Es werden folgende anlassbezogene Kosten erhoben:

- für eine Vertragskündigung mit einem Wechsel zu einem anderen von der Union angebotenen Altersvorsorgevertrag oder zu einem anderen Anbieter entsprechend Ziffer III. E.1.1 der Sonderbedingungen oder mit Auszahlung (schädlicher Verwendung) des Altersvorsorgevertrags im Sinne von Ziffer III. E.1.2 der Sonderbedingungen,
- für die Entnahme von gebildetem Kapital zu Wohnzwecken nach Ziffer III. E.3. der Sonderbedingungen,
- für einen Versorgungsausgleich nach Ziffer III. E.4. der Sonderbedingungen.

Die maximale Höhe der genannten Kosten ergibt sich aus dem Produktinformationsblatt.

8. Information über den Vertragsverlauf

Die Union wird am Anfang eines jeden Kalenderjahres den Anleger schriftlich über die Verwendung der eingezahlten Altersvorsorgebeiträge, das bisher gebildete Kapital, die einbehaltenen anteiligen Abschluss- und Vertriebskosten, die Kosten für die Verwaltung des gebildeten Kapitals, die erwirtschafteten Erträge sowie bei Umwandlung eines bestehenden Vertrags in einen Altersvorsorgevertrag die bis zum Zeitpunkt der Umwandlung angesammelten Beiträge und Erträge sowie darüber informieren, wie die Union ethische, soziale und ökologische Belange bei der Verwendung der eingezahlten Altersvorsorgebeiträge berücksichtigt.

9. Bedingungen für UnionDepots

In Ergänzung der Bestimmungen dieses Altersvorsorgevertrags und dieser Sonderbedingungen gelten die Bedingungen für UnionDepots der USB in der jeweils gültigen Fassung, soweit sie den Bestimmungen des Altersvorsorgevertrags und den Sonderbedingungen zum Altersvorsorgevertrag und den Vorschriften des Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetzes in der zum Zeitpunkt des Abschlusses des Altersvorsorgevertrags maßgeblichen Fassung nicht widersprechen. Dabei gehen die Regelungen im Produktinformationsblatt denjenigen des Allgemeinen Preisverzeichnisses vor.

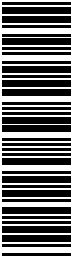
10. Änderungen

Änderungen der Bestimmungen dieses Altersvorsorgevertrags und dieser Sonderbedingungen werden dem Bundeszentralamt für Steuern zur Kenntnis und ggfs. zur Genehmigung vorgelegt. Diese Änderungen betreffen die Umsetzung neuer gesetzlicher Vorgaben nach dem AltZertG und dem EStG oder eine geänderte Beurteilung der Rechtslage durch Rechtsprechung oder Finanzverwaltung, aber auch Änderungen der Anlage der Altersvorsorgebeiträge zur Anpassung an die Kapitalmarktbedingungen. Soweit das Bundeszentralamt für Steuern keine Einwände hat bzw. die Änderungen genehmigt hat, werden die Änderungen dem Anleger in Textform bekannt gegeben. Hat der Anleger mit der USB im Rahmen der Geschäftsbeziehung einen elektronischen Kommunikationsweg vereinbart (zum Beispiel die Nutzung der Postbox), können die Änderungen auch auf diesem Wege bekannt gegeben werden. Diese Änderungen gelten als genehmigt, wenn der Anleger nicht in Textform Widerspruch erhebt. Auf diese Folge wird ihn die USB bei der Bekanntgabe besonders hinweisen. Der Widerspruch des Anlegers muss innerhalb von zwei Monaten nach Bekanntgabe der Änderungen der USB zugehen.

III. Anrufe im Kundenservice

Der Anleger erklärt sich damit einverstanden, dass seine Anrufe im Kundenservice, dessen Leistungen auch durch Mitarbeiter der Union Investment Management GmbH wahrgenommen werden können, zur Dokumentation aus rechtlichen Gründen aufgezeichnet und für Trainingszwecke verwendet werden können.

05.26



Vorvertragliche Informationen

für im Fernabsatz und außerhalb von Geschäftsräumen abgeschlossene Depotverträge

I. Allgemeine Informationen

Diese Information gilt bis auf Weiteres und steht nur in deutscher Sprache zur Verfügung. Diese Information ist als barrierefreies Dokument verfügbar.

Name und Anschrift der Bank:

Union Investment Service Bank AG
Weißfrauenstraße 7
60311 Frankfurt am Main
Telefon: 069 58998-6000
E-Mail: service@union-investment.de

Gesetzlich Vertretungsberechtigter der Bank ist der Vorstand: Herr Christoph Pöhlsen, Frau Bettina Tews und Herr Rüdiger Welsch

Eintragung Register: Registergericht Amtsgericht Frankfurt am Main HRB 54979

Steuer- beziehungsweise Umsatzsteueridentifikationsnummer: DE813491899

Gegenstand des Unternehmens der Union Investment Service Bank AG (nachfolgend „USB“) ist der Betrieb von Geschäften, die darauf gerichtet sind, Wertpapiere für andere zu verwahren sowie diese im Wege des Kommissionsgeschäfts zu kaufen und zu verkaufen. Kommissionsgeschäft bedeutet, dass die USB gegenüber den Herausgebern (Emittenten) der Wertpapiere im eigenen Namen als Käufer oder Verkäufer der Wertpapiere auftritt. Dabei handelt sie jedoch für Rechnung – also im Auftrag – der Anleger.

Zuständige Aufsichtsbehörde der USB ist die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn beziehungsweise Marie-Curie-Str. 24–28, 60439 Frankfurt, (im Internet unter: www.bafin.de).

Maßgebliche Sprache für dieses Vertragsverhältnis und die Kommunikation mit dem Anleger während der Laufzeit dieses Vertrags ist Deutsch. Die Allgemeinen Bedingungen und Sonderbedingungen sowie die übrigen Vertragsbedingungen der USB werden nur in deutscher Sprache zur Verfügung gestellt.

Anwendbares Recht: Nach Ziffer 20.2 der Bedingungen für UnionDepots gilt für den Vertragsschluss und die gesamte Geschäftsverbindung zwischen dem Anleger und der USB deutsches Recht. Es gibt keine vertragliche Gerichtsstandsvereinbarung für Anleger, die nicht Kaufmann, nicht juristische Person des öffentlichen Rechts und nicht öffentlich-rechtliche Sondervermögen sind. Für die zuvor genannten Personen gibt es eine Gerichtsstandsvereinbarung in Ziffer 20.3 und Ziffer 20.4 der Bedingungen für UnionDepots.

Sicherungseinrichtung: Die USB ist der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (BVR) und der Schlichtungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen (EdW) angeschlossen (siehe Ziffer 18 der Bedingungen für UnionDepots).

Beschwerdestelle der USB:

Union Investment Service Bank AG
Kundenservice
Weißfrauenstraße 7
60311 Frankfurt am Main
Telefon: 069 58998-6000
E-Mail: service@union-investment.de

Ombudsmannverfahren bei der Ombudsstelle für Investmentfonds des BVI Bundesverband Investment und Asset Management e. V.: Darüber hinaus können Verbraucher für die Beilegung von Streitigkeiten mit der USB von der Möglichkeit Gebrauch machen, die Ombudsstelle für Investmentfonds des BVI Bundesverband Investment und Asset Management e. V. anzurufen. Die Beschwerde ist schriftlich an das Büro der Ombudsstelle des BVI Bundesverband Investment und Asset Management e. V., Unter den Linden 42, 10117 Berlin, Telefon 030 6449046-0, Telefax: 030 6449046-29, E-Mail: info@ombudsstelle-investmentfonds.de, www.ombudsstelle-investmentfonds.de, zu richten.

Schlichtungsstelle: Bei Streitigkeiten nach Maßgabe des § 14 Unterlassungsklagegesetz (UKlaG), zum Beispiel aus der Anwendung der Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches betreffend Fernabsatzverträge über Finanzdienstleistungen, können sich die Beteiligten auch an die Schlichtungsstelle der Deutschen Bundesbank, Postfach 10 06 02 in 60006 Frankfurt am Main, Telefon: 069 9566 33232, E-Mail: schlichtung@bundesbank.de, wenden.

Unabhängig davon, können Anleger ihre Rechte vor den Gerichten geltend machen.

II. Informationen zum Depotvertrag

1. Informationen über das Zustandekommen des Depotvertrags

Der Anleger gibt entweder über ein Papierformular („Antrag auf Depotöffnung“) oder über eine im Internet angebotene Abschlusstrecke ein verbindliches Angebot zum Abschluss eines Depotvertrages ab. Dieses Angebot wird (zum Beispiel von einer Bank der genossenschaftlichen Finanzgruppe) oder über das Internet an die USB gesendet.

Der Depotvertrag kommt zustande, wenn die USB dem Anleger mitteilt, dass sie das Angebot annimmt. In dieser Mitteilung gibt die USB dem Anleger auch die Depotnummer bekannt. Unter dieser wird das Depot des Anlegers geführt.

Einzelheiten dazu sind in Ziffer 2.1 der Bedingungen für UnionDepots enthalten.

2. Wesentliche Leistungsmerkmale

Verwahrung

Im Rahmen des Depotvertrags verwahrt die USB die Anteile des Anlegers an Fonds und sonstigen Wertpapieren. Es werden nur Anteile an Fonds oder sonstigen Wertpapieren verwahrt, die von der USB für verwahrfähig erklärt wurden. Welche das sind, kann im Besonderen Preisverzeichnis der USB nachgelesen werden. Dieses kann über die Internetseite der USB eingesehen werden.

Die Verwahrung anderer Wertpapiere als Fonds ist zurzeit nur in einem UnionDepot Komfort oder einen für Vermögensverwaltungen genutzten Depot möglich.

Es gelten die Allgemeinen Bedingungen und Sonderbedingungen der USB.

Kauf und Verkauf von Anteilen an Fonds und sonstigen Wertpapieren

Der Anleger kann bei der USB verschiedene Transaktionen (Käufe, Verkäufe und/oder bei Fonds auch Umschichtungen) in Auftrag geben. Umschichtung bedeutet, dass Anteile eines Fonds veräußert und im Gegenwert des Veräußerungserlöses, Anteile eines anderen Fonds gekauft werden. Bei Kaufaufträgen kann zwischen einer einmaligen Ausführung und der wiederholten Ausführung in regelmäßigen Abständen (wie zum Beispiel ein Sparplan) gewählt werden.

Die USB führt alle Transaktionen als Kommissionärin aus. Kommissionsgeschäft bedeutet, dass die USB gegenüber den Herausgebern (Emittenten) der Wertpapiere im eigenen Namen als Käufer oder Verkäufer der Wertpapiere auftritt. Dabei handelt sie jedoch für Rechnung – also im Auftrag – der Anleger.

Die USB führt Transaktionen nur in Bezug auf solche Fonds und andere Wertpapiere aus, die auf dem UnionDepot verwahrt werden können.

Details zu Transaktionen können den Allgemeinen Bedingungen und Sonderbedingungen der USB sowie dem Allgemeinen Preisverzeichnis und den Ausführungsgrundsätzen der USB entnommen werden.

Die USB ist nicht verpflichtet jeden ihr erteilten Transaktionsauftrag anzunehmen. Sie kann Aufträge unverzüglich zurückweisen.

Die USB bietet keine Anlageberatung an. Sie prüft nicht, ob ein Fonds oder Wertpapier für den Anleger geeignet ist.

Aufträge zum Kauf von nicht komplexen (einfachen) Fonds oder Wertpapieren führt die USB als reines Ausführungsgeschäft (sogenanntes „execution-only“-Geschäft) aus. Die USB überprüft dann nicht, ob ein Fonds oder Wertpapier für den Anleger angemessen ist. Das bedeutet, dass die USB nicht überprüft, ob der Anleger über ausreichende Kenntnisse und Erfahrung verfügt, um die mit dem Kauf verbundenen Risiken richtig einzuschätzen.

3. Hinweis auf Risiken und Preisschwankungen von Fonds und Wertpapieren

Die von der USB angebotenen Dienstleistungen umfassen den Kauf und Verkauf von Fonds und anderen Wertpapieren. Fonds und andere Wertpapiere unterliegen speziellen Risiken. Diese können den Wert eines Fondsanteils oder Wertpapiers negativ beeinflussen. Hierzu zählen unter anderem:

- Konjunkturrisiko: Das Risiko, dass sich die gesamtwirtschaftliche Lage verschlechtert;
- Länder- und Branchenrisiken: Wenn ein Fonds oder Wertpapier in bestimmte Länder oder Branchen investiert, besteht das Risiko, dass sich diese (z.B. durch politische Änderungen) schlecht entwickeln;
- Umweltrisiken: Naturkatastrophen oder schärfere Auflagen zum Umweltschutz, können den Wert einer Investition beeinflussen.

Eine ausführliche Darstellung sämtlicher Risiken ist in der Broschüre „Basisinformationen zur Geldanlage in Wertpapieren“ enthalten.

Der Preis eines Fonds oder anderen Wertpapiers unterliegt zudem den Schwankungen des Kapitalmarktes, auf den die USB keinen Einfluss hat. In der Vergangenheit erwirtschaftete Erträge aus Fonds und Wertpapieren (zum Beispiel Ertragsausschüttungen eines Fonds) und erzielte Wertsteigerungen sind kein Indikator für künftige Erträge oder Wertentwicklungen in der Zukunft.

4. Gesamtpreis für die Leistungen der USB

Der Gesamtpreis für die laufende Depotführung ergibt sich grundsätzlich aus dem bei Abschluss des Depotvertrags geltenden Allgemeinen Preisverzeichnis der USB. Preiserhöhungen nach Abschluss des Depotvertrags sind nur mit Zustimmung des Anlegers möglich.

Für die laufende Depotführung eines UnionDepot Komfort verlangt die USB keine Vergütung. Das gilt ebenso für die laufende Depotführung von UnionDepots, die in einer Vermögensverwaltung genutzt werden.

Der aktuelle Gesamtpreis für mit dem Depot zusammenhängende Einzelleistungen (zum Beispiel die Erstellung zusätzlicher Kopien etc.) kann dem Allgemeinen Preisverzeichnis der USB entnommen werden. Diese Entgelte werden bei Inanspruchnahme der jeweiligen Einzelleistung neu mit dem Anleger vereinbart. Grundlage ist dann jeweils die Preisangabe im aktuellen Allgemeinen Preisverzeichnis der USB.

Die Ausführung von Aufträgen zum Kauf, Verkauf oder der Umtausch von Anteilen an Fonds oder anderen Wertpapieren ist kostenlos. Die USB verlangt dafür keine Vergütung. Die USB erhält auch keinerlei Provisionen von Dritten.

Der Anleger muss bei einem Kauf lediglich den Kaufpreis der Fondsanteile oder Wertpapiere an die USB bezahlen. Wenn ein Kauf über eine Börse abgewickelt wird, muss der Anleger zusätzlich dafür anfallende Transaktionskosten bezahlen.

5. Zahlung der Gesamtpreise durch den Anleger

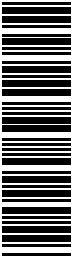
Die auf ein Jahr entfallende Depotgebühr wird jährlich im Dezember fällig. Wenn der Anleger sein Depot vorher auflöst, wird die Depotgebühr für das Jahr bei Auflösung des Depots fällig. Die Bezahlung erfolgt durch den Verkauf von Anteilen an Fonds bzw. Wertpapieren des Anlegers in Höhe der geschuldeten Depotgebühr. Näheres ist im Allgemeinen Preisverzeichnis der USB vereinbart.

Der Preis für Einzelleistungen der USB (zum Beispiel für zusätzliche Kopien) wird nach Erbringung der jeweiligen Leistung durch die USB fällig. Die USB kann diesen vom Konto des Anlegers einziehen.

Die Bezahlung der Kaufpreise für Fondsanteile oder andere Wertpapiere (und Transaktionskosten) erfolgt durch Einzug vom Konto des Anlegers. Der Anleger erteilt der USB zu diesem Zweck ein SEPA-Basis-Lastschriftmandat. Einzelheiten zur Zahlung sind in Ziffer 6 der Bedingungen für UnionDepots enthalten.

6. Konsequenzen bei Zahlungsverzug

Bei Zahlungsverzug kann die USB von ihrem vertraglichen Pfandrecht Gebrauch machen. Sie kann dann die im UnionDepot des Anlegers vorhandenen Fondsanteile und Wertpapiere veräußern, um den offenen Betrag zu bezahlen. Näheres ist in Ziffer 12 der Allgemeinen Bedingungen für UnionDepots vereinbart.



Außerdem kann sie ihre Forderungen gegen den Anleger vor den Gerichten geltend machen.

7. Hinweise auf vom Anleger zu zahlende Steuern und sonstige Kosten

Kapitalerträge sind steuerpflichtig. Die USB führt auf Kapitalerträge des Anlegers anfallende Kapitalertragssteuer, Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer an das Finanzamt ab.

Wenn der Anleger ausschließlich im Ausland steuerlich ansässig ist, führt die USB für Kapitalerträge des Anlegers keine Kapitalertragssteuer, Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer ab. Der Anleger ist dann für die Versteuerung der Kapitalerträge selbst verantwortlich.

Depotführung ist eine umsatzsteuerpflichtige Leistung. Die Umsatzsteuer wird von der USB an das Finanzamt abgeführt.

Die USB bietet keine Beratung in Bezug auf Steuerfragen an. Jeder Anleger kann auf eigene Kosten einen Steuerberater oder Rechtsanwalt beauftragen, falls er dies wünscht.

Eigene Kosten für Telekommunikation (zum Beispiel Telefon-, Porto- oder Internetkosten) hat der Anleger selbst zu tragen.

8. Erfüllung des Depotvertrags und der damit verbundenen Dienstleistungen durch die USB

Verwahrung

Die USB erfüllt ihre laufenden Verpflichtungen aus dem Depotvertrag durch Bereitstellung und Führung des Depots für den Anleger. Einzelheiten zu der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Depotvertrag finden sich in Ziffer 8 bis 10 der Bedingungen für UnionDepots.

Kauf und Verkauf von Wertpapieren

Der Kauf und Verkauf von Fondsanteilen erfolgt grundsätzlich über ein Geschäft mit der jeweiligen Kapitalverwaltungsgesellschaft des Fonds. Der Kauf der USB erfolgt zu den Anlagebedingungen des Fonds. Außerdem gelten die Grundsätze der USB für die Auftragsausführung. Nähere Informationen sind in Ziffer 7 der Allgemeinen Bedingungen enthalten.

Wenn die USB beauftragt wird, Fondsanteile oder anderen Wertpapiere über eine Börse zu kaufen oder zu verkaufen, beauftragt die USB Zwischenkommissionäre mit der Erfüllung des Auftrags. Hierfür gelten die Ausführungsgrundsätze für börsengehandelte Wertpapiere der USB.

Gekaufte Anteile werden in das Depot des Anlegers eingebucht und verkaufte Anteile ausgebucht. Der Kaufpreis wird vom Konto des Anlegers eingezogen. Der Verkaufserlös (nach Abzug von Steuern) wird auf das vom Anleger genannte Konto ausgezahlt.

9. Informationen darüber, ob mit den Dienstleistungen der USB ökologische und soziale Ziele verfolgt werden

Mit den Leistungen der USB werden keine ökologischen oder sozialen Ziele verfolgt. Die USB kann alle im Besonderen Preisverzeichnis aufgeführten Wertpapiere verwahren und beschaffen.

Ökologische oder soziale Ziele spielen bei den Dienstleistungen der USB keine Rolle.

III. Laufzeit und Beendigung des Depotvertrages

1. Mindestvertragslaufzeit

Der Depotvertrag hat keine Mindestvertragslaufzeit.

2. Vertragliche Kündigungsrechte

Vertragliche Kündigungsrechte des Anlegers

Für UnionDepots und die in der Vermögensverwaltung (mit Ausnahme der Vermögensverwaltung „WertAnlage“) genutzten UnionDepots, ist das Kündigungsrecht in Ziffer 16 der Allgemeinen Bedingungen der USB geregelt:

Der Anleger kann die gesamte Geschäftsverbindung jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen. Die Kündigung muss gegenüber der USB in Textform (zum Beispiel per E-Mail) erfolgen.

Für das UnionDepot Komfort und die in der Vermögensverwaltung „WertAnlage“ genutzten Depots, gelten folgende Kündigungsregeln für den Anleger:

Der Depotvertrag kann jederzeit aber nur mit Wirkung zum 5. März des auf die Kündigung folgenden Kalenderjahres gekündigt werden. Die Kündigung muss gegenüber der USB in Textform (zum Beispiel per E-Mail) erfolgen.

Eine Kündigung durch den Anleger löst keine Vertragsstrafe aus. Vertragsstrafen sind nicht vereinbart.

Neben diesen vertraglichen Kündigungsrechten stehen dem Anleger die gesetzlichen Kündigungsrechte zu.

Vertragliche Kündigungsrechte der USB

Der USB stehen die Kündigungsrechte aus Ziffer 17.1 und Ziffer 17.2 der Bedingungen für UnionDepots zu:

Die USB kann die gesamte Geschäftsverbindung oder einzelne Geschäftsbeziehungen jederzeit unter Einhaltung einer angemessenen Kündigungsfrist kündigen. Diese beträgt mindestens 6 Wochen.

Eine fristlose Kündigung der Geschäftsverbindung ist nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes zulässig. Wenn der wichtige Grund eine Pflichtverletzung des Anlegers ist, wird die USB den Anleger vor einer Kündigung abmahnen. Anstelle der Abmahnung kann die USB dem Anleger auch eine Frist zur Beseitigung der Pflichtverletzung setzen.

Im Falle einer Kündigung ohne Kündigungsfrist wird die USB dem Anleger für die Abwicklung des Depots eine angemessene Frist einräumen.

Neben diesen vertraglichen Kündigungsrechten stehen der USB die gesetzlichen Kündigungsrechte zu.

3. Widerrufsrecht

Widerrufsrecht in Bezug auf Käufe und Verkäufe von Fonds und anderen Wertpapieren

Aufträge zum Kauf oder Verkauf von Fonds und sonstigen Wertpapieren können grundsätzlich nicht widerrufen werden. Dies gilt auch dann, wenn solche Aufträge im Fernabsatz (über Fernkommunikationsmittel, wie zum Beispiel am Telefon oder im Internet) erteilt wurden. Es besteht allgemein kein Widerrufsrecht für Verträge, welche Finanzdienstleistungen zum Gegenstand haben, deren Preis von den Schwankungen des Kapitalmarkts abhängt. Dies ist in § 312 g Absatz 2 Nr. 8 des Bürgerlichen Gesetzbuches geregelt.

Durch diese Regelung wird verhindert, dass die USB, als Folge eines Widerrufs, mögliche Wertverluste tragen müsste, die durch den vom Anleger gewünschten Wertpapierkauf entstehen. Jeder Anleger muss die mit seiner Kaufentscheidung verbundenen Risiken selbst tragen. Von diesem Grundsatz gibt es jedoch eine Ausnahme:

Ausnahme: Kauf eines offenen Investmentfonds außerhalb von Geschäftsräumen

Ausnahmsweise kann ein Anleger den Kauf eines Anteils an einem offenen Fonds widerrufen. Ein offener Fonds ist ein Fonds, dessen Anteile jederzeit zurückgegeben werden können.

Wenn ein Anleger nach einer mündlichen Verhandlung außerhalb der Geschäftsräume einer unserer Vermittlerbanken (zum Beispiel in einem Einkaufszentrum oder in seiner Wohnung) einen Auftrag zum Kauf von Anteilen an einem offenen Fonds erteilt hat, kann der Anleger diesen Kauf (nach § 305 des Kapitalanlagegesetzbuches) widerrufen. Das gilt nicht, wenn der Anleger kein Verbraucher ist. Das Widerrufsrecht gilt auch dann nicht, wenn der Anleger einen Mitarbeiter der Vermittlerbank gebeten hat, ihn für ein Beratungsgespräch oder zur Regelung von Geldanlagen zu Hause aufzusuchen.

Über dieses Widerrufsrecht wird der Anleger im Depoteröffnungsantrag (Dort unter Nummer 9 „Widerrufsbelehrung gemäß §305 KAGB/Zustimmung(en)/Unterschrift(en)“) und in Ziffer 21 der Allgemeinen Bedingungen für UnionDepots belehrt.

Widerrufsrecht in Bezug auf Depotverträge

Der Anleger kann sein Angebot auf Abschluss eines Depotvertrages widerrufen, wenn er dieses ausschließlich über Fernkommunikationsmittel (zum Beispiel im Internet) oder außerhalb der Geschäftsräume einer Vermittlerbank abgegeben hat. Ansonsten besteht kein Widerrufsrecht.

Der Anleger kann die Widerrufserklärung über die Online-Widerrufsfunktion an die USB senden. Diese finden Anleger unter <https://www.union-investment.de/widerruf>.

Die USB bestätigt dem Anleger den Empfang der Widerrufserklärung dann per E-Mail.

Daneben können Anleger den Widerruf in Textform (zum Beispiel per E-Mail) oder per Brief an die USB senden. Der Widerruf muss keine Begründung enthalten, sondern nur Name und Adresse des Anlegers und die Angabe, dass der Depotvertrag widerrufen werden soll. Optional sollten ein Datum und die Depotnummer angegeben werden.

Der Widerruf sollte dabei gerichtet werden an:

Union Investment Service Bank AG
Weißfrauenstraße 7
60311 Frankfurt am Main
Telefon: 069 58998-6000
E-Mail: service@union-investment.de

Die Widerrufsfrist beträgt 14 Tage nach Abschluss des Depotvertrages und nachdem Sie die Vertragsbestimmungen einschließlich der Allgemeinen Geschäftsbedingungen und des Allgemeinen Preisverzeichnisses sowie diese vorvertraglichen Informationen auf einem dauerhaften Datenträger (z.B. per Brief, E-Mail) erhalten haben.

Wenn der Antrag auf Depoteröffnung über eine Online-Benutzeroberfläche im Internet (zum Beispiel über die Abschlussstrecke des UnionDepot Komfort oder die Abschlussstrecke einer Vermögensverwaltung) abgegeben wurde, wird die USB den Anleger per E-Mail an sein Widerrufsrecht erinnern.

Folgen des Widerrufs

Wenn der Depotvertrag wirksam widerrufen wird, ist der Anleger nicht zur Zahlung der Depotgebühr verpflichtet. Der Anleger schuldet der USB auch keine Entschädigung für möglicherweise bereits erbrachte Leistungen. Wenn der Anleger bereits Fonds oder Wertpapiere erworben hat, muss er diese verkaufen oder auf ein anderes Depot übertragen.

Wenn der Anleger sein Widerrufsrecht nicht ausübt, bleibt er an den Depotvertrag gebunden. Die USB wird dann die unter dem Depotvertrag geschuldeten Leistungen für den Anleger erbringen. Der Anleger muss im Gegenzug die vereinbarten Depotgebühren bezahlen.

Für den Widerruf des Depotvertrages gilt die nachfolgende Widerrufsbelehrung.

Widerrufsbelehrung

bei außerhalb von Geschäftsräumen oder ausschließlich über Fernkommunikationsmittel abgegebenen Anträgen auf Depoteröffnung

Abschnitt 1

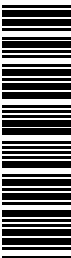
Widerrufsrecht

Sie können Ihre Vertragserklärung innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen mittels einer eindeutigen Erklärung widerrufen. Die Frist beginnt nach Abschluss des Vertrags und nachdem Sie die Vertragsbestimmungen einschließlich der Allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie alle nachstehend unter Abschnitt 2 aufgeführten Informationen auf einem dauerhaften Datenträger (zum Beispiel Brief, E-Mail) erhalten haben. Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs, wenn die Erklärung auf einem dauerhaften Datenträger erfolgt.

Der Widerruf ist zu richten an:

Union Investment Service Bank AG
Weißfrauenstraße 7
60311 Frankfurt am Main
E-Mail: service@union-investment.de

Sie können Ihr Widerrufsrecht auch online unter <https://www.union-investment.de/widerruf> ausüben. Wenn Sie diese Online-Funktion nutzen, übermitteln wir Ihnen auf einem dauerhaften Datenträger (zum Beispiel durch eine E-Mail) unverzüglich



lich eine Eingangsbestätigung mit Informationen zum Inhalt der Widerrufserklärung sowie dem Datum und der Uhrzeit ihres Eingangs.

Ihr Widerrufsrecht erlischt vorzeitig, wenn der Vertrag von beiden Seiten auf Ihren ausdrücklichen Wunsch vollständig erfüllt ist, bevor Sie ihr Widerrufsrecht ausgeübt haben.

Bei Nichtausübung des Widerrufsrechts bleiben Sie an den Vertrag gebunden.

Abschnitt 2

Für den Beginn der Widerrufsfrist erforderliche Informationen

Die Informationen im Sinne des Abschnitts 1 Satz 2 umfassen folgende Angaben:

1. die Identität und Hauptgeschäftstätigkeit des Unternehmers;
2. die Anschrift des Ortes an dem der Unternehmer niedergelassen ist, sowie seine Telefonnummer und E-Mail-Adresse;
3. einschlägige Kontaktangaben die es dem Verbraucher ermöglichen, Beschwerden an den Unternehmer zu richten;
4. das Register in das der Unternehmer eingetragen ist und die Registernummer oder eine gleichwertige in diesem Register verwendete Kennung;
5. den Namen die Anschrift und die Webseite und etwaige Kontaktangaben der zuständigen Aufsichtsbehörde für die Zulassung des Unternehmers;
6. eine Beschreibung der wesentlichen Merkmale der Finanzdienstleistung;
7. den Gesamtpreis, den der Verbraucher dem Unternehmer für die Finanzdienstleistung schuldet, einschließlich aller damit verbundenen Provisionen, Gebühren und Abgaben sowie aller über den Unternehmer abgeführten Steuern;
8. Informationen zu den Konsequenzen bei Zahlungsverzug und Zahlungsausfall;
9. einen Hinweis, dass sich die Finanzdienstleistung auf Finanzinstrumente bezieht, die wegen ihrer spezifischen Merkmale oder der durchzuführenden Vorgänge mit speziellen Risiken behaftet sind oder deren Preis Schwankungen auf dem Finanzmarkt unterliegt, auf die der Unternehmer keinen Einfluss hat, und dass in der Vergangenheit erwirtschaftete Erträge kein Indikator für künftige Erträge sind;
10. einen Hinweis auf mögliche weitere Steuern und Kosten, die nicht über den Unternehmer abgeführt oder von ihm in Rechnung gestellt werden;
11. Beschränkungen des Zeitraums, währenddessen die zur Verfügung gestellten Informationen gültig sind;
12. Einzelheiten hinsichtlich der Zahlung und Erfüllung;
13. Spezifische zusätzliche Kosten, die der Verbraucher für die Benutzung des Fernkommunikationsmittels zu tragen hat;
14. Informationen über ökologische und soziale Ziele, die mit der Finanzdienstleistung verfolgt werden;
15. das Bestehen eines Widerrufsrechts mit Angaben zur Widerrufsfrist und zu den Modalitäten für die Ausübung des Widerrufsrechts, einschließlich des Betrages den der Verbraucher zu entrichten hat, sowie die Folgen der Nichtausübung dieses Rechts;
16. Die Mindestlaufzeit des Vertrages;
17. Angaben zum Recht der Parteien, den Vertrag vorzeitig oder einseitig aufgrund der Vertragsbedingungen zu kündigen, einschließlich aller Vertragsstrafen, die in einem solchen Fall auferlegt werden;
18. Praktische Hinweise und Verfahren zur Ausübung des Widerrufsrechts nach § 355 des Bürgerlichen Gesetzbuches, darunter Telefonnummer und E-Mail-Adresse des Unternehmers und bei über eine Online-Benutzeroberfläche geschlossenen Finanzdienstleistungsverträgen Informationen über das Bestehen und die Platzierung der Widerrufsfunktion nach §356 a des Bürgerlichen Gesetzbuches;
19. Vertragsklauseln, die das auf den Vertrag anwendbare Recht und das zuständige Gericht bestimmen;
20. in welcher Sprache oder in welchen Sprachen die Vertragsbedingungen und die in diesem Abschnitt genannten Vorabinformationen mitgeteilt werden, sowie über die Sprache oder die Sprachen, zu deren Benutzung sich der Unternehmer mit Zustimmung des Verbrauchers für die Kommunikation während der Laufzeit des Fernabsatzvertrages verpflichtet;
21. die Möglichkeit des Zugangs zu einem außergerichtlichen Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahrens, dem der Unternehmer unterworfen ist und die Voraussetzungen für diesen Zugang;
22. das Bestehen einer Entschädigungsregelung, die nicht unter die Richtlinie 2014/49 EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Einlagensicherungssysteme (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 149; L 212 vom 18.7.2014, S. 47; L 309 vom 30.10.2014, S. 37) und die Richtlinie 97/9/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. März 1997 über Systeme für die Entschädigung der Anleger (ABl. L 84 vom 26.3.1997, S. 22) fallen.

Abschnitt 3

Im Fall des Widerrufs zu entrichtende Beträge

Im Fall eines Widerrufs sind die beiderseits empfangenen Leistungen zurückzugewähren. Verpflichtungen zur Erstattung von Zahlungen müssen innerhalb von 30 Tage erfüllt werden. Die Frist beginnt für Sie mit der Absendung Ihrer Widerrufserklärung, für uns mit deren Empfang

Sie sind zur Zahlung von Wertersatz für die bis zum Widerruf erbrachte Dienstleistung verpflichtet, wenn Sie vor Abgabe Ihrer Vertragserklärung auf diese Rechtsfolge hingewiesen wurden und ausdrücklich zugestimmt haben, dass wir vor dem Ende der Widerrufsfrist mit der Ausführung der Gegenleistung beginnen. Besteht eine Verpflichtung zur Zahlung von Wertersatz, kann dies dazu führen, dass Sie die vertraglichen Zahlungsverpflichtungen für den Zeitraum bis zum Widerruf dennoch erfüllen müssen.

Ende der Widerrufsbelehrung

05.26

Weißfrauenstraße 7
60311 Frankfurt am Main
Telefon: 069 58998-6000
E-Mail: service@union-investment.de

Die Gesellschaft wird durch die Geschäftsführung gesetzlich vertreten:
Herr Nicolas Freyer, Herr Marc Harms, Frau Kerstin Knoefel, Herr Bernhard Kraus, Herr Harald Rieger, Herr Tobias Schmidt, Frau Carola Schroeder und Herr Jochen Wiesbach
Eintragung Register: Registergericht Amtsgericht Frankfurt am Main HRB 9073

Steuer- beziehungsweise Umsatzsteueridentifikationsnummer: DE114105135

Die Union Investment Management GmbH („Gesellschaft“) ist eine Kapitalverwaltungsgesellschaft im Sinne des Kapitalanlagegesetzbuches (KAGB). Gegenstand der Gesellschaft ist die Verwaltung von inländischen Investmentvermögen (kollektive Vermögensverwaltung). Daneben schließt die Gesellschaft Altersvorsorgeverträge gemäß § 1 Absatz 1 des Altersvorsorge-Zertifizierungsgesetzes ab. Zuständige Aufsichtsbehörde ist die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn beziehungsweise Marie-Curie-Str. 24–28, 60439 Frankfurt, (im Internet unter: www.bafin.de). Maßgebliche Sprache für dieses Vertragsverhältnis und die Kommunikation mit dem Anleger während der Laufzeit des Vertrags ist Deutsch. Die Gesellschaft ist der Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen (EdW) angeschlossen (vergleiche Ziffer 18 der Bedingungen für UnionDepots).

Beschwerdestelle der Gesellschaft:

Union Investment Management GmbH
Weißfrauenstraße 7
60311 Frankfurt am Main
Telefon: 069 58998-6000
E-Mail: service@union-investment.de

Ombudsmannverfahren bei der Ombudsstelle für Investmentfonds des BVI Bundesverband Investment und Asset Management e. V.:

Darüber hinaus können Verbraucher für die Beilegung von Streitigkeiten mit der USB von der Möglichkeit Gebrauch machen, die Ombudsstelle für Investmentfonds des BVI Bundesverband Investment und Asset Management e. V. anzurufen. Die Beschwerde ist schriftlich an das Büro der Ombudsstelle des BVI Bundesverband Investment und Asset Management e. V., Unter den Linden 42, 10117 Berlin, Telefon 030 6449046-0, Telefax: 030 6449046-29, E-Mail: info@ombudsstelle-investmentfonds.de, www.ombudsstelle-investmentfonds.de, zu richten. Bei Streitigkeiten nach Maßgabe des § 14 Unterlassungsklagegesetz (UKlaG), zum Beispiel aus der Anwendung der Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches betreffend Fernabsatzverträge über Finanzdienstleistungen, können sich die Beteiligten auch an die Schlichtungsstelle der Deutschen Bundesbank, Postfach 10 06 02 in 60006 Frankfurt am Main, Telefon: 069 9566 33232, E-Mail: schlichtung@bundesbank.de, wenden. Das Recht, die Gerichte anzurufen, bleibt hiervon unberührt.

II. Informationen zum Altersvorsorgevertrag

1. Wesentliche Leistungsmerkmale

Altersvorsorgevertrag

Der Altersvorsorgevertrag ist ein Vertrag über eine kapitalgedeckte Altersvorsorge nach den Vorschriften des Gesetzes über die Zertifizierung von Altersvorsorge- und Basisrentenverträgen (AltZertG), der sich in eine Anspar- und eine Auszahlphase unterteilt. Er unterliegt nach Maßgabe der Vorschriften des § 10 a und des XI. Abschnitts des Einkommensteuergesetzes (EStG) bis zu bestimmten Höchstgrenzen der staatlichen Forderung. Die Altersvorsorgebeiträge und das Altersvorsorgevermögen werden in Wertpapiere in Form von sogenannten Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) nach einem in den Sonderbedingungen des Altersvorsorgevertrags festgelegten Depotsteuerungskonzept angelegt. Die Gesellschaft sagt zu, dass zu Beginn der Auszahlphase zumindest die eingezahlten Altersvorsorgebeiträge für die Auszahlphase zur Verfügung stehen und für die Leistungserbringung genutzt werden. Im Übrigen erbringt die Gesellschaft die in den Sonderbedingungen beschriebenen Dienstleistungen.

Hinweis auf Risiken und Preisschwankungen von Wertpapieren

Gegenstand des Altersvorsorgevertrags ist die Anlage in Wertpapiere in Form von OGAW und dementsprechend werden Wertpapiergeschäfte im Rahmen des Altersvorsorgevertrags abgeschlossen. Die im Rahmen des Altersvorsorgevertrags erworbenen Wertpapiere unterliegen Preisschwankungen, die im Zusammenhang mit speziellen Risiken stehen.

Insbesondere sind folgende Risiken für zu nennen:

- marktbedingte Faktoren, Wechselkursrisiken sowie Ertragsrisiken
- Zahlungsverzug/-unfähigkeit einzelner Aussteller beziehungsweise Vertragspartner
- Konzentration des Risikos auf einen beziehungsweise wenige Emittenten

Erhöhte Preisschwankungen und Verlustrisiken aufgrund der

- Zusammensetzung der OGAW und/oder der für die Verwaltung des OGAW verwendeten Techniken,
- Anlage der OGAW in Schwellen- und Entwicklungsländer.

Zusätzlich in der Auszahlphase:

- Die Höhe des variablen Anteils der Auszahlung kann schwanken. Das Absinken der Auszahlungen ist maximal bis zum Garantieniveau möglich.

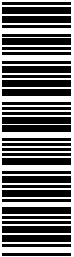
Auf die durch die zuvor beschriebenen Risiken bedingten Preisschwankungen der OGAW hat die Gesellschaft keinen Einfluss. In der Vergangenheit von den OGAW erwirtschaftete Erträge (zum Beispiel Zinsen, Dividenden) und erzielte Wertsteigerungen sind kein Indikator für künftige Erträge oder Wertsteigerungen.

Preise

Bei dem Erwerb der OGAW werden zur Abgeltung der Abschluss- und Vertriebskosten grundsätzlich Ausgabeaufschläge erhoben, deren Höhe sich aus den jeweiligen Sonderbedingungen für den Altersvorsorgevertrag ergeben. Es werden Verwaltungsvergütungen und Gebühren erhoben, deren Höhe sich aus dem Verkaufsprospekt der Investmentfonds in der jeweils geltenden Fassung ergibt und die diesen unmittelbar belastet werden. Zudem sind die Preise für die Depotführung sowie für sonstige Leistungen in Ziffer 10 der Bedingungen für UnionDepots in Verbindung mit dem Allgemeinen Preisverzeichnis und dem Besonderen Preis- und Leistungsverzeichnis der depotführenden Stelle geregelt.

Hinweise auf vom Anleger zu zahlende Steuern und Kosten

Die Leistungen aus einem Altersvorsorgevertrag sind in der Regel steuerpflichtig. Eigen-



Vorvertragliche Informationen

für im Fernabsatz und außerhalb von Geschäftsräumen abgeschlossene Altersvorsorgeverträge

I. Allgemeine Informationen

Diese Information gilt bis auf Weiteres und steht nur in deutscher Sprache zur Verfügung.

Name und Anschrift der Kapitalverwaltungsgesellschaft:

Union Investment Management GmbH

ne Kosten (zum Beispiel für Telefongespräche, Porti) hat der Anleger selber zu tragen.

Zahlung

Der Einzug der Altersvorsorgebeiträge erfolgt per SEPA-Basis-Lastschrift aufgrund eines der depotführenden Stelle durch den Anleger schriftlich erteilten SEPA-Lastschriftmandates.

2. Erfüllung der Altersvorsorge und der damit verbundenen Dienstleistungen

Anlage

Die während der Ansparphase zu leistenden Altersvorsorgebeiträge und Zulagen werden von der Gesellschaft in OGAW nach einem Depotsteuerungskonzept angelegt. Die Gesellschaft garantiert, dass zum Beginn der Auszahlphase die eingezahlten Beiträge und Zulagen zur Verfügung stehen. In der Auszahlphase werden von der Gesellschaft gleichbleibende oder steigende Auszahlungen im Rahmen eines Auszahlplanes durch Veräußerung der OGAW an den Anleger geleistet. Ab dem 85. Lebensjahr werden die Auszahlungen aus einer für den Anleger abzuschließenden Rentenversicherung geleistet, die ebenfalls aus Veräußerung der OGAW finanziert wird. Weitere Einzelheiten zu der Erfüllung der Verpflichtung aus dem Altersvorsorgevertrag finden sich in den Sonderbedingungen des jeweiligen Altersvorsorgevertrags.

3. Vertragliche Kündigungsregeln

Kündigungsrechte des Anlegers

Der Anleger kann den Altersvorsorgevertrag bis zum Beginn der Auszahlphase mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalendervierteljahres oder mit einer Frist von drei Monaten zum Beginn der Auszahlphase kündigen, um das gebildete Kapital auf einen anderen auf seinen Namen lautenden Altersvorsorgevertrag der Gesellschaft oder eines anderen Anbieters von Altersvorsorgeverträgen zu übertragen. Kommt die Union ihrer Informationspflicht nach § 7 b Absatz 1 AltZertG nicht spätestens sechs Monate vor Beginn der Auszahlphase nach, verkürzt sich diese Kündigungsfrist gemäß § 7 b Absatz 2 AltZertG auf 14 Tage. Im Übrigen kann der Anleger den Altersvorsorgevertrag jederzeit unter Inkaufnahme einer schädlichen Verwendung (Rückzahlung der Zulagen und steuerlichen Förderung) kündigen.

Kündigungsrecht der Gesellschaft

Eine ordentliche Kündigung des Altersvorsorgevertrags durch die Gesellschaft ist ausgeschlossen.

Mindestlaufzeit

Für den Altersvorsorgevertrag UniProfiRente¹ gilt ebenso wie für den Altersvorsorgevertrag UniProfiRente Select¹ eine 20-jährige Mindestlaufzeit.

Sonstige Rechte und Pflichten von Gesellschaft und Anleger

Die Grundregeln für die gesamte Geschäftsverbindung zwischen Gesellschaft und Anleger sind in den beiliegenden Sonderbedingungen des Altersvorsorgevertrags beschrieben. Die genannten Bedingungen stehen nur in deutscher Sprache zur Verfügung.

III. Informationen über das Zustandekommen des Altersvorsorgevertrags

Der Anleger gibt gegenüber der Gesellschaft ein ihn bindendes Angebot ab, indem ein unterzeichnetes Exemplar der Vertragsurkunde der Gesellschaft zugeht. Der Vertrag kommt zustande, wenn die Gesellschaft dem Anleger die Annahme des Vertrags erklärt, indem ein ihrerseits unterzeichnetes Exemplar der Vertragsurkunde dem Anleger zugeht.

1. Widerrufsrecht

Es besteht grundsätzlich kein gesetzliches Widerrufsrecht bei Verträgen, welche die Erbringung von Finanzdienstleistungen zum Gegenstand haben, deren Preis von Schwankungen auf dem Finanzmarkt abhängt, auf die die Gesellschaft keinen Einfluss hat und die innerhalb der Widerrufsfrist auftreten können, insbesondere Dienstleistungen im Zusammenhang mit Aktien, Anteilen beziehungsweise Aktien an offenen Investmentvermögen im Sinne von § 1 Absatz 4 Kapitalanlagegesetzbuch, zu denen auch OGAW zählen, und mit anderen handelbaren Wertpapieren, Devisen, Derivaten oder Geldmarktinstrumenten. Ein Widerrufsrecht im Zusammenhang mit den von der Gesellschaft angebotenen Altersvorsorgeverträgen besteht mithin grundsätzlich nicht.

Ist der Käufer von Anteilen oder Aktien eines offenen Investmentvermögens durch mündliche Verhandlung außerhalb der ständigen Geschäftsräume desjenigen, der die Anteile oder Aktien verkauft oder den Verkauf vermittelt hat, dazu bestimmt worden, eine auf den Kauf gerichtete Willenserklärung abzugeben, besteht ausnahmsweise ein Widerrufsrecht nach § 305 KAGB. Über dieses Widerrufsrecht wird in der Durchschrift des Antrags auf Vertragsabschluss oder in der Kaufabrechnung belehrt. In einem solchen Fall steht dem Kunden ein Widerrufsrecht im Zusammenhang mit den von der Gesellschaft angebotenen Altersvorsorgeverträgen zu.

05.26

Allgemeine Informationen zur USB und ihren Dienstleistungen gemäß § 63 Absatz 2, Absatz 7 Satz 1 WpHG und § 70 Absatz 1 WpHG

Die USB ist ein Wertpapierinstitut (im Sinne des Wertpapierinstitutsgesetzes). Nähere Angaben und Informationen zur USB finden Anleger im ersten Abschnitt der Vorvertraglichen Informationen. Die Vorvertraglichen Informationen sind unmittelbar vor diesen „Allgemeinen Informationen“ abgedruckt. Eine noch ausführlichere Darstellung ist im Starterpaket der USB enthalten. Dieses ist im Internet unter dem unten angegebenen Link abrufbar.

Die USB erbringt verschiedene Wertpapier- und Wertpapiernebenleistungen für Anleger wie zum Beispiel das Kommissionsgeschäft zum Kauf und Verkauf von Fondsanteilen und anderen Wertpapieren und das Depotgeschäft. Nähere Informationen dazu sind in den zuvor abgedruckten Vorvertraglichen Informationen enthalten.

Hinweis zum beratungsfreien Geschäft beim Kauf von Wertpapieren

Die USB bietet keine Anlageberatung an. Aufträge zum Kauf von OGAW-Fonds (Organismen für Gemeinsame Anlagen in Wertpapieren) und nicht komplexen Wertpapieren führt die USB als reines Ausführungsgeschäft (englisch „execution-only“) aus. Die USB prüft dann nicht, ob der Fonds oder das Wertpapier für den Anleger angemessen ist.

Nur wenn dies rechtlich erforderlich ist (insbesondere bei Alternativen Investmentfonds und komplexen Wertpapieren) überprüft die USB vor Auftragsausführung, ob das Wertpapier für den Anleger angemessen ist. Dies ist der Fall, wenn der Anleger über ausreichende Kenntnis und Erfahrung verfügt, um die mit dem Kauf verbundenen Risiken richtig einzuschätzen. Der Anleger erhält eine Warnung, wenn das Wertpapier unangemessen ist oder die Angemessenheit mangels Angaben nicht überprüft werden kann. Daher werden alle Anleger in ihrem Interesse um aktuelle, zutreffende und vollständige Angaben gebeten.

Berücksichtigung des Zielmarkts

Im Rahmen des Vertriebs von Fonds und Wertpapieren berücksichtigen wir auch deren Zielmarkt. Der Zielmarkt ist die vom Emittenten bzw. Produktsteller definierte Gruppe bzw. Gruppen von Kunden, für deren Bedürfnisse der Fonds oder das Wertpapier entwickelt und für die es angeboten wird.

Im reinen Ausführungsgeschäft wird lediglich geprüft, ob der Anleger das Zielmarktkriterium „Kundenkategorie“ erfüllt.

Wenn die USB eine Angemessenheitsprüfung durchführt, wird neben dem Zielmarktkriterium „Kundenkategorie“ außerdem geprüft, ob sich der Kunde mit seinen „Kenntnissen und Erfahrungen“ mit Wertpapiergeschäften innerhalb des Zielmarkts befindet.

Verwahrung und Maßnahmen zum Schutz des Kundeneigentums

Bei der Verwahrung von Fonds und Wertpapieren auf UnionDepots beachtet die USB die gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Ordnungsmäßigkeit des Depotgeschäfts.

Bei der Erfüllung von Kaufaufträgen im Inland verschafft die USB den Anlegern, sofern die Fondsanteile beziehungsweise sonstigen Wertpapiere zur Girosammelverwahrung bei der Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, zugelassen sind, Miteigentum an dem Sammelbestand in Form einer Girosammel-Depotgutschrift (GS-Gutschrift). Soweit die Fondsanteile nicht zur Girosammelverwahrung zugelassen sind, wird dem Anleger Bruchteilseigentum an der bei der Fondsgesellschaft verwahrten Globalurkunde vermittelt.

Wenn Kaufaufträge im Ausland erfüllt werden, kann die USB, die im UnionDepot verbuchten, Fondsanteile durch ausländische Verwahrer auf Sammeltreuhanddepots im Ausland verwahren lassen. Die Verwahrer müssen vertraglich zusichern, dass sie Pfand-, Zurückbehaltungs- und ähnliche Rechte an den verwahrten Fondsanteilen nur wegen solcher Forderungen geltend machen, die sich aus deren Anschaffung, Verwaltung und Verwahrung ergeben.

Dadurch ist der Anleger nach Maßgabe der jeweils geltenden Rechtsordnung vor dem Zugriff Dritter auf seine Wertpapiere geschützt. Es gelten die Ziffern 7.7 bis 7.9 der Allgemeinen Bedingungen der USB.

Im Übrigen haftet die USB bei der Verwahrung von Wertpapieren nach Ziffer 13 der Bedingungen für UnionDepots.

Kundengelder, welche die USB für Zwecke oder infolge der Ausführung von Wertpapierkäufen oder -verkäufen erhält und die nicht unverzüglich zweckgemäß verwendet oder an den Anleger ausgezahlt werden können, verwahrt die USB auf einem Sammel-Treuhandkonto bei dem Kreditinstitut DZ Bank AG. Die dort verwahrten Kundengelder unterliegen der Einlagensicherung für Geldeinlagen der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken (EdB).

Information über den Umgang der USB mit möglichen Interessenkonflikten

Das Handeln im Kundeninteresse ist das Leitbild, das die Geschäftsbeziehung der USB mit dem Anleger prägt. Um diesem Ziel zu dienen, hat die USB vielfältige organisatorische und arbeitsrechtliche Vorkehrungen zum Schutz des Anlegers getroffen. Wesentliche Maßnahmen sind die Schaffung von Vertraulichkeitsbereichen, die Trennung von Verantwortlichkeiten sowie die Verpflichtung der Mitarbeiter der USB zur Einhaltung von Verhaltensregeln bei Geschäften mit dem Anleger, für die USB oder privaten Geschäften und bei der Annahme von Zuwendungen. Die Einhaltung sämtlicher Verhaltensregeln wird von unabhängigen Stellen der USB überwacht.

Die USB ist sicher, auf diese Weise alle angemessenen Vorkehrungen getroffen zu haben, damit potenzielle Interessenkonflikte, die zum Beispiel bei der Ausführung von Aufträgen im Namen des Anlegers, bei der Verwahrung und Verwaltung von Finanzinstrumenten und bei Devisengeschäften auftreten können, erkannt, vermieden oder fair gelöst werden und sich nicht zum Nachteil des Anlegers auswirken. Interessenkonflikte können insbesondere entstehen durch das Zusammentreffen von mehreren Kundenaufträgen oder von Kundenaufträgen mit eigenen Geschäften sowie durch sonstige eigene Interessen der Bank, mit der Bank verbundenen Unternehmen oder der Bankmitarbeiter.

Nähere Informationen zu möglichen Interessenkonflikten sowie den zum Schutz des Anlegers ergriffenen Vorkehrungen kann der Anleger gern bei der USB anfordern.

Informationen zu Zuwendungen

Die USB weist darauf hin, dass sie ihren Vertriebspartnern (Vermittlerbanken der genossenschaftlichen Finanzgruppe) nicht-monetäre Zuwendungen in Form von Sach- und sonstigen Unterstützungsdiensten gewährt oder gewähren kann. Ein Beispiel hierfür ist die Zurverfügungstellung von Kostenrechnern oder Formularen.

Weitergehende Informationen und das ausführlichere Union Investment Starterpaket sind unter dem nachfolgenden Link abrufbar:

<https://www.union-investment.de/udo/usbstarterpaket>

05.26

¹ Gilt auch für identische, aber namentlich abweichende Produkte.

